

15. Januar 2015

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa
Nahost und Nordafrika

Terroranschläge in Paris: Reaktionen der islamischen Welt

Weiterführende Informationen
zum Thema unter
www.kas.de

ZWISCHEN VERURTEILUNG UND ERKLÄRUNGSVERSUCHEN

Die Terroranschläge auf die Redaktion des französischen Satire-Magazin Charlie Hebdo und die Geiselnahme in einem jüdischen Supermarkt mit insgesamt 17 Toten haben weltweit Bestürzung hervorgerufen. Die Täter hatten einen islamistischen Hintergrund, die Umstände der Tat sowie die mögliche Beteiligung weiterer Täter lassen einen komplexen, von langer Hand geplanten Anschlag vermuten. Die Angriffe haben die aktuelle öffentliche Debatte um die Rolle des Islam und von Muslimen in Europa neu entfacht. Deshalb sind nicht zuletzt die Reaktionen von Muslimen und mehrheitlich islamischen Ländern von großem öffentlichem Interesse. Wie sehen die Reaktionen von Politik, Staat und Parteien in muslimisch geprägten Ländern auf die Anschläge aus? Wie reagierten Vertreter von Medien und Zivilgesellschaft auf die Ermordung ihrer französischen Kollegen? Wie positionieren sich religiöse Autoritäten, muslimische Verbände und Institutionen, die in vielen dieser Länder eine bedeutende gesellschaftliche und politische Rolle spielen? Antworten auf diese Fragen geben unsere Auslandsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter in Afrika südlich der Sahara, Asien, Europa und vor allem Nahost und Nordafrika.¹

Zusammenfassung:

- Staaten und Regierungen der islamischen Welt verurteilen Anschläge von Paris einhellig
- Mehrere Staaten kündigen Unterstützung Frankreichs/Europas im Kampf gegen Terrorismus an
- In (sozialen) Medien und der Zivilgesellschaft finden Erklärungsversuche und rege Diskussionen zu den Ursachen von militantem Extremismus statt
- Muslimische Verbände und Institutionen verurteilen Anschläge und betonen die Unvereinbarkeit von Islam und Gewalt

¹ Die Berichterstattung zum Anschlag hat – in Deutschland und auch weltweit – die Diskussion, wie genau zwischen Islam und Islamismus zu trennen sei und welche im Islam immanenten Grundlagen zur Begründung gewaltsamer Taten von islamistischen Extremisten selektiv beansprucht werden, weiter verstärkt. Deshalb folgt den Momentaufnahmen der Reaktionen in der islamischen Welt im zweiten Teil ab Seite 22 eine Annäherung an das Phänomen religiös legitimierter Gewalt im Islam mit dem Ziel einer Begriffsschärfung.

15. Januar 2015

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa

Nahost und Nordafrika

Weiterführende Informationen

zum Thema unter

www.kas.de**Kenia***Dr. Arne Wulff (13.01.2015)*

Medien und Zivilgesellschaft: Mediale Beachtung fand der Anschlag in Paris zuerst wenig, was auch damit zu erklären ist, dass man in Kenia Anschläge von radikalen Islamisten, häufig mit weitaus mehr Opfern, gewöhnt ist. Dennoch ist davon auszugehen, dass sich ein anderes Bild ergeben hätte, wenn das Attentat z.B. in London passiert wäre. Im Unterschied zu Großbritannien und den USA finden Geschehnisse in Frankreich in Kenia auf Grund nicht vorhandener Bindung eher wenig Aufmerksamkeit. Das Medienecho änderte sich erst, nachdem man erkannt hatte, dass das Attentat gegen die Pressefreiheit und damit einen elementaren Wert der freiheitlich demokratischen Grundordnung gerichtet war. Der überwiegende Tenor lautet infolgedessen, alles dafür zu tun, Toleranz und Freiheiten zu erhalten. Dies steht in Verbindung zu den neuen Sicherheitsgesetzen, die die Regierung Kenias kurz vor Weihnachten durch das Parlament gebracht hatte. Sie werden überwiegend als unverhältnismäßiger Eingriff in die Freiheit des Einzelnen und die Medienfreiheit betrachtet und sind erstinstanzlich zum Teil bereits wieder aufgehoben worden. Die Furcht vor dem Terror, so lässt sich sagen, darf nicht zur Einschränkung der Werte führen, die Basis unserer Gesellschaftsform sind. Ein überaus positives Echo fand in den Medien die Großdemonstration vom vergangenen Wochenende in Paris. Die Einigkeit der europäischen Regierungen, dem Terror keine Chance zu geben und ihn erfolgreich zu bekämpfen, wird in Afrika ebenso vermisst wie ein abgestimmtes Vorgehen der Sicherheitsbehörden. Bis zuletzt lag seitens des Präsidenten Uhuru Kenyatta kein offizielles Pressestatement zu den Ereignissen in Frankreich vor. **Muslimische Verbände/Autoritäten/Institutionen:** Die "Muslim Association of Kenyatta University" distanzierte sich von dem Anschlag in Paris u.a. mit einem Poster namens "Islam Condemns Extremism". In einer ausführlichen Stellungnahme wird unter Beiziehung von Zitaten aus dem Koran dargelegt, dass dieser die Tötung unschuldiger Menschen verbiete.

Mali*Andrea Kolb / Berthe Yacouba (13.01.2015)*

Politik, Staat und Parteien: In Mali war der Anschlag auf Charlie Hebdo Hauptthema in der öffentlichen Debatte. Politik, Staat, politische Parteien (vor allem RPM, SADI, L'ADEMA-PASJ und URD), Medien und Zivilgesellschaft haben sofort reagiert und den Anschlag öffentlich verurteilt. Der Präsident hat die französische Botschaft besucht, um persönlich sein Beileid auszusprechen. Er versicherte, dass Mali sich weiterhin aktiv gegen den Terrorismus in all seinen Formen engagieren wird. Die Medien haben ihre Unterstützung der französischen Medien angekündigt. Eine der größten Tageszeitungen, „L'Independant“, beschreibt die Täter als „Feinde Allahs“. **Muslimische Verbände/Autoritäten/Institutionen:** Die muslimischen Verbände haben ihrerseits keine öffentlichen Positionen abgegeben, weder zur Befürwortung des Attentates, noch zur Verurteilung. In der Bevölkerung ist man zwiespalten: Einerseits verurteilt man die maßlose Gewalt, andererseits bewertet man die Positionen von Charlie Hebdo in Bezug auf die muslimische Religion als extremistisch.

Nigeria*Hildegard Behrendt-Kigozi (09.01.2015)*

Politik, Staat und Parteien: Ein Sprecher des Präsidenten hat während einer Veranstaltung den Anschlag scharf verurteilt und als „Angriff auf die Pressefreiheit“ bezeichnet. Abgesehen davon gab es kaum Wortmeldungen aus der Politik. In Nigeria finden ab dem 14. Februar über einen Zeitraum von drei Wochen Präsidentschafts-, Parlaments- und Gouverneurswahlen statt. Alle Politiker werden im Land bei Wahlkampfveranstaltungen unterwegs sein. Zudem ereignete sich in den vergangenen Wochen und Tagen eine Reihe schwerer Anschläge in Nigeria (Baga ca. 2000 Tote, Bombenanschläge in Maiduguri, Kano u.a. kleinere Attentate), so dass Politiker und Parteien mit

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

15. Januar 2015

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa

Nahost und Nordafrika

Weiterführende Informationen

zum Thema unter

www.kas.de

Kommentaren vorsichtig sind, um sich nicht noch mehr Fragen nach der Sicherheit in Nigeria aussetzen zu müssen. **Medien und Zivilgesellschaft:** Zwar wurden Kommentare und Solidaritätsbekundungen zu den Anschlägen abgegeben, dennoch überschatteten die schlimmen Vorfälle in Nigeria die Ereignisse in Paris. Beinahe täglich sterben in Nigeria Menschen durch Terror und religiöse Gewalt. Nigerianische Journalisten zeigten Solidarität indem sie die Nachricht in großen Buchstaben auf den Titelseiten platzierten. Inhaltlich folgte dann aber sehr wenig. Die Zeitung The Nation und einige andere (Daily Post, Daily Independent und The Punch) haben den Hashtag #JeSuisCharlie in ihre Online-Ausgaben integriert. **Muslimische Verbände/Autoritäten/Institutionen:** Von muslimischen Verbänden ist keine Stellungnahme bekannt und auf den Webseiten war auch keine ernsthafte Verurteilung zu beobachten. Die Seite des Nigerian Supreme Islamic Council beispielsweise führte keine Information zu den Ereignissen. Generell ist aufgrund der Anschläge von Boko Haram in Nigeria eine sehr islamkritische Stimmung bei Christen erkennbar. Auch Muslime verurteilen generell die Anschläge in Nigeria, schließlich sind sie mehrheitlich die Leidtragenden. Ausdrückliche Aufrufe zu Toleranz und Akzeptanz gegenüber anderen Religionsgruppen gibt es allerdings nur selten.

Senegal

Dr. Ute Gierczynski-Bocandé (13.01.2015)

Politik, Staat und Parteien: Staatschef Macky Sall hat das Attentat aufs Schärfste verurteilt. Am Nachmittag des Attentates beklagte er vor der Presse diese kriminelle Tat, die Menschenleben und Verletzte gekostet habe, er übermittelte der französischen Regierung und der französischen Bevölkerung seine Solidarität. Am gleichen Tag veröffentlichte der Ministerrat die Meldung, dass der senegalesische Staatschef und die Regierung dem französischen Präsidenten Francois Hollande, der französischen Regierung und den Familien der Opfer ihr tiefes Mitleid aussprechen. Sall betonte weiterhin, dass Senegal sich weiterhin aktiv und intensiv im Kampf gegen den gewalttätigen Extremismus und gegen den Terrorismus in allen Formen engagieren wird. Die politischen Parteien verurteilten ebenfalls den Anschlag, insbesondere die Regierungspartei APR (Alliance pour la République) und die sozialistische Partei PS, die sozialdemokratische Partei AFP und das linke Parteienspektrum. Aber auch die anderen Parteien und politischen Verantwortungsträger äußerten sich mit Entsetzen, Trauer und Solidarität in den Medien und in den sozialen Medien bzw. traten im Zuge einer improvisierten Solidaritätsdemonstration vor der französischen Botschaft auf. **Medien und Zivilgesellschaft:** Die Pressestimmen am Tag nach dem Attentat waren fast einhellig: „Wir verurteilen diese Tat aufs Schärfste“, schrieb die regierungsnahen Tageszeitung Le Soleil, die, wie mehrere andere Tageszeitungen den Staatschef Macky Sall zitierte: „Frankreich ist getroffen, aber niemand ist unverletzt geblieben“. Die allgemeine Solidarisierung und das Bekenntnis zu Menschenrechten, Pressefreiheit und Meinungsfreiheit gehen auch aus anderen Medientiteln hervor: „Die Mörder der Freiheit“, schrieb Le Populaire, „Wir sind alle betroffen! Seien wir tolerant“ titelte die linksliberale Tageszeitung SUD. Die Website der Journalistenakademie CESTI schrieb: „Frei. Aufrecht. Gemeinsam.“ In der senegalesischen Presseagentur APS wurde ausführlich über den Anschlag berichtet und Persönlichkeiten zitiert, wie der senegalesische Karikaturist Odia, der sagte „Ein Teil der Berufsgilde der Karikaturisten ist gefallen“. Das Logo des Hashtags „Ich bin Charlie“ wurde in einigen Zeitungen abgedruckt und zwei (Enquête und Quotidien) setzten es auf ihre Titelseite. In zwei Zeitungen nahm das Attentat die gesamte Titelseite ein, in elf Zeitungen wurde der Zentralteil mit Berichten und Kommentaren zum Attentat gefüllt. Ebenfalls in den Webmedien, in den verschiedenen TV-Sendern und im Radio stand das Attentat häufig im Mittelpunkt der Berichterstattung und wurde ausgiebig kommentiert, häufig in spontan einberufenen Rundtischgesprächen und Debatten. Wenn auch in den meisten Medien, v. a. in den Printmedien, das Attentat einstimmig und ohne Einschränkung verurteilt wurde, titelte der Kommentator der Tageszeitung Wal Fadjri schon am 8. Januar: „Nein wir sind nicht Charlie“ und ein anderer „Eine endlose Provokation“. Wal Fadjri ist arabisch und bedeutet Sonnenaufgang, die Zeitung ist islamisch inspiriert und hat von Anfang an das geschrieben, was viele andere Senegalesen erst an den Folgetagen in den sozialen Medien geäußert haben: das „aber“. Der Anschlag wird verurteilt, Gewalt wird abgelehnt, „aber“ dadurch erklärt, dass Charlie die religiösen Gefühle v. a. der Musli-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

15. Januar 2015

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa

Nahost und Nordafrika

Weiterführende Informationen

zum Thema unter

www.kas.de

me verletzt und die Gläubigen provoziert habe. Bedenklich stimmt in diesem Zusammenhang, dass dieses „aber“ eine religiöse Befindlichkeit vieler Journalisten verrät: Sie sind bereit zur Selbstzensur, denn ein kritischer Umgang mit religiösen Themen könnte sich negativ für sie auswirken. Hier sei auf den Überfall auf einen Journalisten in Thies verwiesen, der vor einigen Jahren einen Marabout (islamischer Mystiker/Volksislam) kritisiert hatte. Darauf verprügelten ihn die Anhänger des Marabouts und steckten sein Haus an. Die Pressefreiheit in Senegal hat Grenzen, die noch nicht bereit sind, aufzubrechen. In den sozialen Medien ist ein allgemeines Abgleiten der Kommentare festzustellen: Während direkt nach dem Schock des Attentates noch viele Stimmen den barbarischen Gewaltakt einhellig ablehnten, setzte sich in den Folgetagen immer mehr die Meinung durch, dass die Journalisten im Grunde selber daran schuld gewesen seien. Diese Meinung kommt nicht nur von Muslimen, gerade auch Christen äußern sich in gleicher Weise. Gerade in den sozialen Medien finden sich aber auch Gewalt befürwortende Kommentare, die weit über ein „Ich bin nicht Charlie“ hinausgehen. Diese Entwicklung reflektiert den in Senegal vorherrschenden religiösen Konservatismus sowohl bei Muslimen als auch bei Christen. Die Gesellschaft ist tief religiös, und der in der Verfassung verankerte Laizismus wird als Trennung von Politik und Religion leidlich anerkannt, wobei religiöse und politische Instanzen intensiv vernetzt und verquickt sind. Die Religion und die religiösen Verantwortungsträger wie Marabouts, Khalife, usw. sind tabu, wer sie kritisiert, läuft Gefahr, verbal oder gar tödlich angegriffen zu werden. Kritik an religiösen Führern wird „Gotteslästerung“ gleichgesetzt. Selbst Senegalesen mit Hochschulbildung weisen nicht immer die Bereitschaft der kritischen Distanz zu religiösen Verantwortungsträgern auf.

Muslimische Verbände/Autoritäten/Institutionen: Ganz anders klingen die Aussagen des Hohen Islamischen Rates, der das Attentat verurteilt, und zwar ohne Einschränkung. Ebenso einige Islamwissenschaftler wie Professor Bakary Sambe verurteilen den Terroristenangriff und rufen zu Gewaltlosigkeit und Toleranz auf. Dies ist die andere und hoffnungstragende Tendenz in den senegalesischen Medien, vor allem in den sozialen Medien: Intellektuelle und Islamwissenschaftler plädieren intensiv für den Dialog und die Toleranz. Der senegalesische Philosoph Souleymane Bachir Diagne, ehemaliger Rektor der Universität Dakar und jetzt Professor in Harvard, haben flammende Plädoyers veröffentlicht für die Presse- und Meinungsfreiheit. Beide waren aber gleichzeitig vor einer Zunahme der Islamophobie in Europa, vor einer Gleichstellung von Islam und Gewalt. Sie fordern eine differenzierte Betrachtungsweise der Problematik, um die Stigmatisierung von Muslimen zu verhindern.

Südafrika

Dr. Holger Dix (13.01.2015)

Politik, Staat und Parteien: Die südafrikanische Regierung hat den Anschlag auf das Satiremagazin Charlie Hebdo in einer öffentlichen Stellungnahme scharf verurteilt und als einen "barabischen Terrorakt" bezeichnet. Der französischen Regierung, der französischen Bevölkerung und den betroffenen Familien wurde in dieser Stellungnahme das tiefste Mitgefühl ausgedrückt.

Medien und Zivilgesellschaft: Die südafrikanische Presse hat umfassend, häufig als Aufmacher, über den Anschlag berichtet. Dabei wird insbesondere die Bedeutung der Anschläge für die Pressefreiheit und die Zivilisation hervorgehoben. So schreibt der Daily Maverick: "The media murder spree in Paris that left the world speechless took the lives of a dozen innocents. But it was not only an attack against people and the idea of freedom of speech, it was also a lethal shot at the idea of civilisation itself." Auch wird an die wesentliche Bedeutung der Pressefreiheit für die Demokratie in Südafrika erinnert: "In South Africa's own grim past, the apartheid government knew that controlling and silencing the media was one of their best hopes of inflicting and enforcing their perverse social engineering upon a subject population." Eine sehr kritische Tonart der Bewertung findet sich in den Onlinekommentaren zur Berichterstattung. Zeitungleser verweisen sehr deutlich auf die Verantwortung der Religion, die möglichen Auswirkungen der Anschläge auf das Bild des Islam und die Erwartungen an die islamische Welt, solche Terroranschläge zu verurteilen: "I am beginning to believe that the world should treat every Muslim as a threat, whether they claim to be peace-loving or not. At least two of the suspects in the Charlie Hebdo attacks are French nationals. How can you safeguard yourself against your own neighbour". Kritische Kommentare wie die-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

15. Januar 2015

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa

Nahost und Nordafrika

Weiterführende Informationen

zum Thema unter

www.kas.de

se und die umfangreiche Berichterstattung lassen erwarten, dass die Ereignisse in Paris islamkritisches Denken in Südafrika beflügeln werden. **Muslimische Verbände/Autoritäten/Institutionen:** Der Muslim Judicial Council verurteilte die Attacken, für die Tötung unschuldiger Menschen gäbe es keine Rechtfertigung. Solches sinnloses Töten dürfe im Namen keiner Religion erfolgen. Das Media Review Network, welches gegen Mythen und Stereotypen über den Islam und Moslems eintritt, kritisierte hingegen die unterschiedliche Interpretation der Pressefreiheit, wie sie in Frankreich praktiziert werde. In einem Kommentar in der Tageszeitung The Star erklärte ein Mitglied des Media Review Network, die Perzeption einer freien Presse in Frankreich sei ein Mythos und verwies auf Einschränkungen zum Beispiel, wenn es um kritische Darstellungen des Judentums gehe. Die Behandlung islamkritischer Stellungnahmen als Ausdruck von Pressefreiheit wird in diesem Artikel mitverantwortlich gemacht für den gewalttätigen Wutausbruch in Paris.

Tansania

Kristina von Knobelsdorff (13.01.2015)

Medien und Zivilgesellschaft: Einer Internetmeldung zufolge hat Tansanias Präsident Jakaya Kikwete bereits am 08. Januar ein Kondolenzschreiben an François Hollande übermittelt, in dem er die Tat verurteilt. In den folgenden Tagen gab es jedoch kein öffentliches Statement von Seiten der Regierung. Auch öffentliche Äußerungen von Vertretern religiöser Institutionen und Verbände ließen auf sich warten. Weder die swahilisprachigen noch die englischen Zeitungen widmeten dem Anschlag in Paris besonders viel Aufmerksamkeit. Lediglich „The Citizen“ hat mit einiger Verspätung unter der Rubrik „International News“ eine einseitige Reportage über die Ereignisse veröffentlicht (Quelle: AFP), die „Daily News“ und „The Guardian“ druckten kleinere Artikel der AFP. Diese berichten allerdings kaum über das Ereignis selbst, sondern hauptsächlich über Folgeentwicklungen (wie die Veröffentlichung der Identität der Täter). In der swahilisprachigen Zeitung „Habari Leo“ wurde am Freitag eine knappe Zusammenfassung der Ereignisse mit Bild (darauf: vermummte Polizisten mit Hund) gedruckt, ebenfalls unter „Internationales“ auf den letzten Seiten. Tansanische Journalisten haben bisher keine eigenen Berichte oder Kommentare veröffentlicht. Auch in den muslimisch geprägten Zeitungen hat das Ereignis keine Erwähnung gefunden, hier dominieren die Verwüstungen durch Boko Haram und der Anschlag im Jemen. Über den Pariser Friedensmarsch und die Fahndung nach Hayat Boumediene wurde dann in fast allen swahilisprachigen und englischen Zeitungen berichtet, nach wie vor handelt es sich bei den Berichten um Artikel (bzw. Übersetzungen) der AFP.

ASIEN UND PAZIFIK

Afghanistan

Nils Wörmer (11.01.2015)

Politik, Staat und Parteien: Der afghanische Präsident Ashraf Ghani Ahmadzai hatte den Anschlag auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“ am Folgetag aufs Schärfste verurteilt, was auch von etlichen afghanischen Medien aufgegriffen wurde. Ob die Vorgänge in Paris im afghanischen Parlament diskutiert wurden, ist bis dato nicht bekannt geworden. Die Reaktionen in Afghanistan auf die Kontroverse um die Mohammad-Karikaturen Anfang 2006, die Koranverbrennung durch den amerikanischen Prediger Terry Jones im März 2011 sowie die Koranverbrennungen durch US-Soldaten in Bagram im Februar 2012 sind jeweils äußerst heftig ausgefallen, jedoch zumeist um (bis zu zehn) Tage zeitverzögert. Es kann also sein, dass die Reaktion einiger Akteure noch aussteht, zumal die Presseberichterstattung seit Wochen von der bevorstehenden Bekanntgabe des neuen Kabinetts, der angespannten Sicherheitslage in der Hauptstadt sowie den schweren Kämpfen in einigen Landesteilen dominiert wird. Nichtsdestotrotz hat es bereits eine Reihe von Reaktionen gegeben. **Medien und Zivilgesellschaft:** In dari-, paschto- und englischsprachigen Print-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

15. Januar 2015

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa

Nahost und Nordafrika

Weiterführende Informationen

zum Thema unter

www.kas.de

und Onlinemedien wurde und wird über die Anschläge von Paris berichtet. Vertreter der Zivilgesellschaft verurteilen diese übereinstimmend, was nicht verwundert, da die afghanische Zivilgesellschaft vor allem ein Produkt westlicher Entwicklungsinitiativen ist. Allerdings haben in sozialen Medien die Anschläge in Paris auch große Zustimmung gefunden, und zwar gerade bei jungen, gebildeten, mehrsprachigen Personen in urbanen Zentren. Von einigen Vertretern der Zivilgesellschaft wurden Parallelen zu den verheerenden Selbstmordanschlägen auf ein Volleyballturnier in der afghanischen Provinz Paktia im November 2014 und eine Schule im pakistanischen Peschawar im Dezember 2014 gezogen. In diesem Zusammenhang wird häufig die Frage aufgeworfen, warum westliche Politiker, den ISAF-Einsatz resümierend, nach wie vor behaupten, in Afghanistan würden immerhin keine Terroristen mehr ausgebildet. Dies ließe den Rückschluss zu, dass seitens der Europäer Angriffe und Selbstmordanschläge gegen afghanische Ziele nicht als Terrorismus verstanden werden, gegen internationale oder westliche Ziele hingegen schon. Grundsätzlich wird die Notwendigkeit einer stärkeren Intensivierung der Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung zwischen muslimischen Ländern und den europäischen Staaten betont. In den in Afghanistan unter Islamisten und Dschihadisten populären Print- und Online-Medien „Inspire“ (Al-Qaida), „Dhobiq“ (IS), „Sumud“ (Taliban), „Shahadat“ (HIG) und „Manba al-Dschihad“ (Haqqani) wurden die Anschläge bereits verherrlicht oder es ist davon auszugehen, dass diese in den kommenden Ausgaben, wie zuletzt die Geiselnahme des islamistischen Predigers Man Haron Monis in Sydney, idealisiert werden. **Muslimische Verbände/Autoritäten/Institutionen:** Reaktionen von Mitgliedern des höchsten Rates islamischer Gelehrter in Afghanistan, der Shura-ye Ulama, sind bis dato nicht öffentlich bekannt geworden. Der Imam einer der größten Moscheen in Kabul (Pol-e Chishti Moschee) hat die Anschläge von Paris während des Freitagsgebets stark verurteilt. Auf der anderen Seite berichten afghanische Medien von ersten Demonstrationen und Versammlungen in Provinzen, die die Attentäter von Paris preisen und beispielsweise als „wahre Mudschahedin“ bezeichnen. Es ist davon auszugehen, dass hierzu in einigen Landesteilen in Moscheen aufgerufen wird. Wie stark dieser Trend ist, und ob er sich fortsetzt, ist derzeit noch nicht absehbar.

Indonesien

Dr. Jan Woischnik / Thomas Yoshimura / Ari Stauss (09.01.2015)

Politik, Staat und Parteien: Indonesien ist mit Blick auf die Verfasstheit des Staates kein muslimisches Land. Auf Grundlage der Staatsideologie *Pancasila* garantiert die Verfassung die Religionsfreiheit. Gleichwohl sind etwa 90% der rund 250 Millionen Einwohner des Landes bekennende Muslime. Damit handelt es sich um den Staat mit der größten muslimischen Bevölkerung weltweit. Seit dem Ende des autokratischen Sohar-to-Systems und der Einleitung der demokratischen Reformasi gilt Indonesien als ein mögliches Vorbild für die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie. Die Ereignisse in Paris haben ein dementsprechend großes Echo hervorgerufen. Allen Kommentaren aus Politik und Gesellschaft war die vorbehaltlose Verurteilung der Gewalt im Namen ihrer Religion gemeinsam. Wenngleich die Ansichten über die konkrete Arbeit von Charlie Hebdo bisweilen durchaus kritischer ausfallen, sei die Tat erschütternd und durch nichts, insbesondere nicht religiös zu rechtfertigen. Dies galt sowohl für die Erklärungen des **Vizestaatspräsidenten Jusuf Kalla (GOLKAR), des Außenministeriums und der Opposition** als auch der Vereinigung der islamischen Massenorganisationen (Majelis Ulama Indonesia, MUI). Einstimmig wird betont, dass die extremen Ansichten von Terroristen keinesfalls mit dem Religionsverständnis der indonesischen Muslime übereinstimmen, die im Vergleich zu ihren Glaubensbrüdern in der traditionell arabischen Welt als besonders gemäßigt gelten. Terroristische Gewalt widerspreche den Werten des Islam. Das menschenverachtende Handeln einer islamistischen Minderheit, die sehr wohl auch in Indonesien existiert, verstärke ein falsches Bild von Muslimen in den Medien und der öffentlichen Meinung westlicher Länder und gefährde damit das friedliche Zusammenleben der Religionen. **Medien und Zivilgesellschaft:** In Zeitungskommentaren wird das Attentat als „barbarisches Kapitel“ in Huntingtons „Kampf der Kulturen“ bezeichnet, der unsere Zeit präge. Die Ereignisse näherten die sich im Westen rasant ausbreitende anti-islamische Einstellung. Das Außenministerium mahnte seine Bürger insbesondere in Europa und Frankreich angesichts der Berichte über gewalttätige Reaktionen gegen Muslime zur Vorsicht und rät, öffentliche Versammlungen zu meiden. Ein

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

15. Januar 2015

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa

Nahost und Nordafrika

Weiterführende Informationen

zum Thema unter

www.kas.de

in Großbritannien lebendes 14-jähriges indonesisches Mädchen berichtet in der Zeitung beispielhaft von ihrer Angst vor dem Hass auf der Straße und davor, in die Schule zu gehen oder mit Freunden zu reden. Die Schuld gibt sie den Islamisten. Ein Abgeordneter der islamisch orientierten Partei PAN ruft dazu auf, den Vorfall nicht als Anlass zu immer mehr Eskalation zu nehmen, sondern auch als Weckruf und Signal für mehr Bedarf an interreligiöser Toleranz zu verstehen. Die Diplomatie des Landes wird aufgefordert, dem gemäßigten Islam, den die meisten Gläubigen praktizieren, eine stärkere Stimme zu verleihen. Gemeinschaftliche Aktionen gegen islamfeindliche Proteste wie zuletzt in Deutschland müssten auch von indonesischer Seite aktiv unterstützt werden. Die terroristische Gefahr bedrohe aber nicht nur indirekt, sondern auch direkt friedliebende Muslime und die Sicherheit aller Menschen weltweit – möglicherweise auch in Indonesien. Vor dem Hintergrund entsprechender Warnungen der US-amerikanischen und australischen Botschaften in Jakarta war die erhöhte Gefahr terroristischer Anschläge auch in Indonesien ohnehin zuletzt erneut Gegenstand der Debatten gewesen. Als Reaktion auf den Anschlag in Paris erklärte ein Sprecher der nationalen Polizeibehörden, die Sicherheitsmaßnahmen vor allem an Standorten von Medien, die zuletzt intensiv über Terrorismus und IS berichtet hatten, müssten und würden auch im muslimischen Indonesien umgehend verstärkt werden.

Kasachstan

Amos R. Helms (12.01.2015)

Politik, Staat und Parteien: Der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew wandte sich an den französischen Präsidenten Francois Hollande per Telegramm und sprach in seinem und im Namen aller Kasachstaner Beileid für die Opfer der Terroranschläge aus. Darin betonte er, dass „die universale Verbreitung von Terrorismus heute zu einer Gefahr für alle Staaten“ geworden sei. Daher verurteilt Kasachstan jegliche Form des Terrorismus und Extremismus, die die internationale Sicherheit gefährdet. Das kasachische Außenministerium äußerte sich ebenfalls mit einem Beileidschreiben und betonte darin, dass Kasachstan „Frankreich im Kampf gegen den Extremismus in allen seinen Formen unterstütze und weiterhin unterstützen werde (...)“. Der Vorsitzende des kasachischen Senats Kasym Zhomart Tokayev teilte über Twitter mit, dass „dieser Akt des Terrors in Paris zu dem Verlust von Journalisten führte. Es gibt keine Rechtfertigung für Verbrechen. Kämpft gegen Terrorismus – eine Aufgabe für die gesamte internationale Gemeinschaft!“. Die Reaktionen auf diese Äußerung des Senatsvorsitzenden zeugen von den teils divergierenden Meinungen der Leserschaft, die zum einen dem Inhalt der Tweet-Meldung bekräftigen („Keine Religion rechtfertigt den Mord von Menschen, daher handelt es sich hier um puren Mord!“) oder aber auch Verständnis für die Aggression zeigen, da diese aufgrund mangelnder gesetzlicher Regulierungen von Pressefreiheit angefacht wurde und die Anschläge auf die Zeitung aus dem Jahre 2011 den Betroffenen eine Warnung hätte sein müssen („...Die Freiheit der Rede hat einen Rahmen. Es ist unmöglich, die Gefühle und den Glauben anderer Menschen zu beleidigen. Freiheit endet, wo die Freiheit eines anderen beginnt. Terrorismus jedoch verurteile ich in allen seinen Erscheinungsformen.“) **Medien und Zivilgesellschaft:** Fast alle Medien Kasachstans haben sofort über den Angriff berichtet und halten über den Verlauf und die Reaktionen in Frankreich auf dem Laufenden. Viele kasachische Journalisten und Bürger haben an der Botschaft Frankreichs in Astana und am Generalkonsulat in Almaty Blumen niedergelegt und Kerzen zum Gedenken der Opfer der Attentate angezündet. Bei Facebook und Twitter haben viele vor allem junge Leute die Aktion „Ich bin Charlie“ als Zeichen der Solidarität mit den Opfern unterstützt. Das kasachische Online-Magazin *Vox Populi* bat daraufhin alle Zeitungsredakteure in Kasachstan, ihre Reaktionen zu den Anschlägen zu äußern, welche dann auf der eigenen Homepage des Magazins veröffentlicht wurden. Auch hier besteht Einigkeit in der Ablehnung der Terroranschläge. Jedoch zeigen einige Redakteure auch Verständnis für die Hassgefühle vieler Muslime, die sich – so die Meinung mancher Kommentatoren – durch diese Karikaturen beleidigt fühlen würden. Sie werfen den westlichen Medien vor, diesen Hass geschürt zu haben.

15. Januar 2015

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa

Nahost und Nordafrika

Weiterführende Informationen

zum Thema unter

www.kas.de**Malaysia***Jan Senkyr (12.01.2015)*

Politik, Staat und Parteien: Der Anschlag auf die Redaktion von Charlie Hebdo hat auch die Menschen in Malaysia erschüttert. Das Land, in dem 60 Prozent der Menschen Muslimen sind, lehnt Gewalt im Namen der Religion ab und ist für seine moderate Politik des friedlichen Zusammenlebens verschiedener Ethnien und Religionen bekannt. Die Mehrheit der malaysischen Politiker, Staatsvertreter, der Medien und Vertreter der Zivilgesellschaft haben den Terror verurteilt und ihr Mitgefühl und ihre Solidarität mit Frankreich bekundet. Einzelne Stimmen wiesen jedoch darauf hin, dass das Satiremagazin mit seinen Mohamed-Karikaturen provozierte und die religiösen Gefühle vieler Muslime verletzt hätte. Premierminister Najib Razak verurteilte die Anschläge scharf und sprach sein Beileid für das französische Volk aus. In einem Tweet vom 8. Januar 2015 schrieb Najib: „Malaysia verurteilt auf das Schärfste alle Gewalttaten. Wir stehen in Einheit mit dem französischen Volk. Wir müssen Extremismus mit Moderation bekämpfen.“ Das malaysische Außenministerium äußerte sich in einer öffentlichen Stellungnahme ähnlich: „(...) Nichts rechtfertigt das Töten Unschuldiger. Malaysia steht an Seite der Familien der Opfer, der Regierung von Frankreich und des französischen Volkes.“ Auch Oppositionsführer Anwar Ibrahim lehnte eine „(...) solch barbarische Tat kategorisch ab“ und rief die „muslimischen Führer und Gelehrten weltweit dazu auf, diese Tattaten aufs stärkste zu verurteilen.“ Verteidigungsminister Hishamuddin Hussein warnte davor, dass ähnliche Anschläge auch in Malaysia geschehen könnten. Deswegen hat die Regierung verschärfte Sicherheitsmaßnahmen zur Terrorismusbekämpfung angekündigt.

Medien und Zivilgesellschaft: In den offiziellen und den unabhängigen Medien sind die Reaktionen ähnlich. Allerdings gibt es in den sozialen Netzwerken und Kommunikationsplattformen auch Stimmen, die den Anschlag als Vergeltung für die Beleidigung des Propheten gutheißen.

Pakistan*Ronny Heine (12.01.2015)*

Politik, Staat und Parteien: Das pakistanische Außenministerium hat in einer offiziellen Stellungnahme vom 8. Januar deutlich gemacht, dass Pakistan alle Formen von Terrorismus verurteilt und dem französischen Volk und der französischen Regierung das Beileid der pakistanischen Regierung über den Verlust von Menschenleben übermittelt. Die pakistanische Regierung vertraue darauf, dass die internationale Gemeinschaft auch weiterhin im Kampf gegen den weltweiten Terrorismus zusammenstehen werde und die Verantwortlichen für die Tragödie in Paris rasch zur Verantwortung gezogen werden können. Es wurde allerdings auch verdeutlicht, dass Pakistans Haltung bezüglich Beleidigungen des Islam klar ist und die Regierung jegliche Verunglimpfungen der islamischen Religion, auch in Form von Cartoons, als inakzeptabel betrachtet. Weitere öffentliche Stellungnahmen von pakistanischen Politikern, Parteien, religiösen Organisationen etc. gibt es nicht. Pakistan ist aktuell viel zu sehr auf seine eigenen Herausforderungen fokussiert als dass sich intensiv mit Ereignissen im fernen Europa befasst wird. **Medien und Zivilgesellschaft:** Der Anschlag auf die französische Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ am 7. Januar in Paris ist in Pakistan zwar sehr wohl zur Kenntnis genommen und auch verurteilt worden, hat aber dennoch keine größere Aufmerksamkeit im Land erzeugt. Lediglich einige Zeitungen und Nachrichtensendungen gaben am 7. und 8. Januar der Thematik mehr Raum in ihrer Berichterstattung. In diesen wurden neben der Betonung, dass Terror jeglicher Art nicht akzeptabel sei, auch die als Verhöhnung des Islam empfundenen Karikaturen von „Charlie Hebdo“ hervorgehoben. Indirekt wird den Herausgebern der Zeitschrift eine Mitschuld an den Ereignissen gegeben. Die öffentliche Aufmerksamkeit hat sich allerdings sehr schnell wieder auf die innenpolitischen Probleme Pakistans gerichtet.

Zentralasien*Dr. Thomas Kunze (13.01.2015)*

Politik, Staat und Parteien: Aus den zentralasiatischen Staaten gibt es offizielle Erklärungen aus Tadschikistan und Kirgistan. Der tadschikische Präsident Emomali Rachmon nannte den Terro-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

15. Januar 2015

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa

Nahost und Nordafrika

Weiterführende Informationen

zum Thema unter

www.kas.de

rismus die „Pest des Jahrhunderts“. Der Kampf gegen dieses Böse solle, so Rachmon, „die Bemühungen aller Staaten der Welt vereinigen.“ Der kirgisische Präsident Almasbek Atambajew verurteilte „jede Art des Extremismus und Terrorismus, die die internationale Sicherheit und das Leben friedlicher Menschen gefährden“. Das usbekische Außenministerium hat in der Botschaft der Republik Frankreich kondoliert. Aus Turkmenistan sind noch keine öffentlichen Stellungnahmen bekannt. Insgesamt versucht man, eine Berichterstattung über islamistischen Terror weitestgehend aus der Öffentlichkeit herauszuhalten. Die zentralasiatischen Staaten mit ihren säkularen Regierungsformen stehen seit langem im Fadenkreuz islamistischer Gruppierungen. **Medien und Zivilgesellschaft:** Journalisten hingegen verurteilen den Anschlag. Die Mitglieder des Journalistenverbands Tadschikistans beispielsweise erklärten den Opfern des Verbrechens ihr Mitgefühl und verlautbarten: „Das Magazin hat eine große Geschichte und eine ausgezeichnete Reputation und war in der ganzen Welt durch seinen Professionalismus hoch angesehen.“ Die einzige in Zentralasien offizielle zugelassene islamische Partei („Wiedergeburt“) in Tadschikistan verurteilt die Attacke auf das Satire-Magazin „ als unmenschlich und erbarmungslos“ und erklärt: „Diejenige, die diese Aktion unter dem Deckmantel islamischer Losungen verübt haben, haben die Religion der Muslime angeschwärzt. Der Islam braucht keinen solchen Schutz und keine solche Verteidiger“. Gleichzeitig jedoch kritisierte die Islampartei die Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen. Auch in der Öffentlichkeit der zentralasiatischen Länder ist bei allem Bedauern über die Opfer die Meinung verbreitet, dass die Tat durch die „liberale Pressepolitik“ der westlichen Welt geradezu „herausgefordert“ worden sei. Es gebe keinen Grund, so die öffentliche Meinung, Karikaturen über Mohammed zu verbreiten und damit die Gefühle der Muslime zu verletzen. Ähnliche Positionen werden auch vom russischen Fernsehen, das in Zentralasien überwiegend gesehen wird, transportiert. Die russischen Medien berichten zudem nach Zentralasien hinein, dass Russland, die zentralasiatischen Republiken und der Westen gemeinsam von islamistischen Gruppen als Feind gesehen würden, der „Westen“ aber mit einer zu toleranten und liberalen Einwanderungspolitik zu einem guten Teil selbst die Grundlagen für die aktuellen Entwicklungen gelegt habe. Diese Einschätzung wird von einer breiten Öffentlichkeit in den zentralasiatischen Staaten geteilt.

EUROPA

Bosnien-Herzegowina

Dr. Karsten Dümmel (09.01.2015)

Politik, Staat und Parteien: Der Außenminister von Bosnien Herzegowina verurteilte den Anschlag öffentlich in den Medien als „Akt der Barbarei“, „der nicht nur ein Anschlag auf die Freiheit des Wortes und der freien Meinungsäußerung darstellt, sondern auch eine feige Tat von Menschen sei, die sich hinter Religionen verstecken und dabei nicht voraussehbare Konsequenzen für alle ehrenhaften Muslime weltweit provozieren.“ Auf Regierungsseite des Gesamtstaates bezeichneten alle drei Repräsentanten der Präsidentschaft (Kroaten, Serben, Bosniaken) ebenso wie führende Abgeordnete aus allen drei ethnischen Volksgruppen den Anschlag als einen „brutalen und offensichtlichen Akt des Terrorismus“. Die Präsidentschaft verurteilte geschlossen den Anschlag und sprach den Familien der Opfer ihr Beileid aus. Die drei Repräsentanten der Präsidentschaft sprachen damit auch in ihrer Rolle als jeweilige Parteivorsitzende der größten (muslimisch) bosniakischen Partei SDA, der serbisch (orthodoxen) Partei PDP und der größten (katholisch) kroatischen Partei HDZ. Der bosnische Botschafter in Paris wandte sich in Interviews an die Bevölkerung und bat diese, sich mit den im Land befindlichen Franzosen zu solidarisieren. Der Präsident der Republik Srbska, der zweiten Entität im Land, hat ein Kondolenztelegramm an den französischen Präsidenten gesendet, in dem er sein Entsetzen zum Ausdruck bringt und sein Beileid ausspricht. Er signalisierte in dem Schreiben die Bereitschaft, den globalen Kampf gegen Terrorismus zu unterstützen. **Medien und Zivilgesellschaft:** Der gesamtstaatliche bosnische Journalistenverband und der Journalistenverband der Föderation Bosnien Herzegowina sprachen von „Horror“ und von einem „furchtbaren Schock“ und verurteilten den Angriff als „Terroranschlag auf die Freiheit des Wortes.“ Journalisten und Redakteure organisierten Mahnwachen und spontane Kundgebungen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

15. Januar 2015

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa

Nahost und Nordafrika

Weiterführende Informationen

zum Thema unter

www.kas.de

gegen den Anschlag. In den Medien war der Angriff am Abend das Dauerthema. Die größte und bosniakisch-muslimisch geführte Tageszeitung Oslobodenje brachte am Tag nach dem Anschlag von der Titelseite bis zur Seite Fünf Fotos und Stellungnahmen von bosnischen Politikern zum Anschlag. Vor der französischen Botschaft und den beiden französischen Schulen in Sarajevo wurden von verschiedenen Gruppen der Zivilgesellschaft Kränze, Blumen und Kerzen abgelegt. Darüber hinaus wurde neben einem Denkmal für die gefallenen französischen Soldaten während des letzten Bosnienkrieges eine aus Brettern und Transparenten konstruierte Wand der Solidarität errichtet auf der immer wieder zu lesen ist "Ich bin auch Charlie". **Muslimische Verbände/Autoritäten/Institutionen:** Der höchste Vertreter der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Bosnien Herzegowina, Husein Effendi Kavazovic, hat ein Kondolenztelegramm an die französische Botschafterin gesendet, in dem er den Angriff in Paris scharf verurteilt. Gleichzeitig sprach er öffentlich die Solidarität mit Frankreich aus, er forderte, dass Medien-, Presse-, und Meinungsfreiheit als unantastbare Güter aller Menschen geschützt und bewahrt werden müssen. Auch hoffe das Oberhaupt der Islamischen Glaubensgemeinschaft, dass die Täter bald gefasst und ihrer gerechten Strafe zugeführt werden. Gleichsam betonte er mehrfach in den Medien, dass er hoffe, dass die französische Gesellschaft und die gesamte Welt nicht in die Falle tappen werde, unschuldige, muslimische Menschen weltweit für die Tat zu stigmatisieren. Das ehemalige Oberhaupt der Islamischen Glaubensgemeinschaften in Bosnien Herzegowina, Mustafa Ceric, rief in den Medien dazu auf, Hassreden in den Neuen Medien zu unterlassen, ruhig zu bleiben und darauf zu vertrauen, dass die Mörder ihre gerechte Strafe erhalten werden.

NAHER OSTEN UND NORDAFRIKA

Ägypten

Dr. Malte Gaier (11.01.2015)

Politik, Staat und Parteien: Die Anschläge in Paris wurden von Seiten der Regierung beantwortet mit einem Kondolenzschreiben Präsident Abdel Fattah As-Sisis an seinen französischen Amtskollegen François Hollande und durch Außenminister Sameh Shoukry, der Frankreich die uneingeschränkte Unterstützung durch sein Land zusicherte. As-Sisi, der dem französischen Staatschef erst kürzlich bei seinem Staatsbesuch in Paris im Dezember Hilfe im Kampf gegen IS angeboten hatte, machte deutlich, dass Terrorismus ein „globales Phänomen“ sei und „nur durch internationale, gemeinsame Bemühungen ausgelöscht“ werden könne. Seit 2013 führen die ägyptischen Streitkräfte militärische Operationen gegen die mit IS assoziierte Gruppe Ansar Bait al-Maqdis in der Sinai-Region aus. Der Generalsekretär der Arabischen Liga mit Sitz in Kairo, Nabil al-Arabi, verurteilte im Namen aller Mitgliedsländer den Anschlag aufs Schärfste. Wie auch andere Staatshäupter kündigte As-Sisi umgehend seine Teilnahme am „Marsch der Millionen“ in Paris an. **Medien und Zivilgesellschaft:** Führende Journalisten des Landes und das Pressesyndikat Ägyptens verurteilten den Anschlag zudem scharf. „Die Attentäter“, so die offizielle Stellungnahme der Journalistenvereinigung, „können keiner Religion angehören, und schon gar nicht dem Islam. Sie sind nichts anderes als brutale Mörder.“ Gegenüber der Zeitung Al-Ahram erklärte der Vorsitzende, dass die Solidaritätsbekundungen des Syndikats der „Verteidigung des freien Wortes und der Meinungsäußerung“ dienen. Im Internet wurden Karikaturen ägyptischer Zeichner und Blogger veröffentlicht, welche Bezug auf die Morde und die darin überwiegend IS zugeordneten Täter nahmen. Dominierendes Thema der Medienberichterstattung war jedoch vielmehr der erstmalige Besuch der koptischen Christmesse durch einen ägyptischen Präsidenten am Vortag, der damit die nationale Einheit zwischen Christen und Muslimen in seinem Land zu unterstreichen beabsichtigte. Die öffentliche Auseinandersetzung mit religiösen Themen gestaltet sich dennoch problematisch: In ihren Solidaritätsbekundungen beklagen ägyptische Journalisten und Zeichner Kommentare und Zuschriften, die belegten, dass ein nicht unerheblicher Teil ihrer Leser offen Sympathien für die beiden Attentäter von Paris hege. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Islam in den Medien, so die Einschätzung, sei auch trotz der Kampfansage der Regierung an den politischen Islam

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

15. Januar 2015

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa

Nahost und Nordafrika

Weiterführende Informationen

zum Thema unter

www.kas.de

de facto unmöglich. Zudem bleibt auch jede freie Auseinandersetzung mit politischen Themen in Ägypten beschnitten – seit der Übernahme der Staatsgeschäfte durch das Regime As-Sisi kam es sukzessive zu weiteren Einschränkungen der Medienfreiheit. **Muslimische Verbände/Autoritäten/Institutionen:** Die staatliche Nachrichtenagentur MENA veröffentlichte die Verurteilung des Anschlags von Seiten der Al-Azhar, welche die Tat, auch bei Beleidigung „heiliger muslimischer Gefühle“, als „kriminell“ und im Widerspruch zum „Gewaltverbot des Islam“ bezeichnete. Die Al-Azhar-Moschee und -Universität und der ihr vorstehende Großimam bzw. Sheikh gelten im sunnitischen Islam zu den höchsten religiösen Rechtsautoritäten. 2011 hatte Prof. Ahmad al-Tayab – erstmals gewählt durch ein internes Wahlkomitee anstatt wie bisher ernannt durch den Staatspräsidenten – die Nachfolge des 2010 verstorbenen Muhammad Sayyid Tantawy als „Sheikh Al-Azhar as-Sharif“ angetreten. Al-Tayab verbindet eine Promotion in islamischer Philosophie an der Pariser Sorbonne mit Frankreich; er gilt wie sein Vorgänger als moderate aber obrigkeitstreue Stimme unter den ägyptischen Ulama, insbesondere hinsichtlich der Verurteilung terroristischer Gewalt. Die Al-Azhar, die sich wiederholt von der Muslimbruderschaft distanziert hatte, ist zudem Hauptträger verschiedener staatlich geförderter Initiativen, die ein moderates Islamverständnis und eine Vertiefung des Dialogs zwischen den Religionen einfordern. Religiöse Gutachten (fatawa) der Azhar-Ulama gehörten, unbeachtet von westlichen Medien, zu den ersten, die sich bereits im Frühjahr 2014, im Falle der Entführung und Ermordung von Geiseln mit deutlichen Worten gegen die Gewalt von IS richteten. Weitere prominente ägyptische Gelehrte verurteilten den Anschlag von Paris als „schwere Sünde“ oder bezeichneten die Attentäter in koranischer Anlehnung an die Gegner des Propheten Muhammad in Mekka gar als „Verleugner des Islam“. Auch Vertreter und Sympathisanten der Muslimbruderschaft in Ägypten und im Ausland verurteilten die Anschläge.

Algerien

Dr. Hardy Ostry (11.01.2015)

Politik, Staat und Parteien: In einer Beileidsbotschaft an seinen französischen Amtskollegen verurteilte der Präsident der algerischen Republik, Abdelaziz Bouteflika, den Terroranschlag („barbarische Tat“) „aufs Schärfste“. Neben dem Ausdruck seines Beileids bestätigte er Algeriens Engagement im Kampf gegen den Terrorismus; ein Kampf, der die Mobilisierung der gesamten internationalen Gemeinschaft erfordere. „Das algerische Volk, das lange Jahre unter den Qualen des Terrorismus hat leiden müssen, und daher die Unruhe des Freundes, des französischen Volkes, verstehen kann, gibt (...) seiner Sympathie und Solidarität Ausdruck“, so Bouteflikas Botschaft. Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten veröffentlichte eine Pressemitteilung, in der der Terroranschlag verurteilt wurde. Nichts könne diese Tat rechtfertigen, so die Mitteilung. Gerade in dieser schwierigen Zeit, die von islamophoben Bewegungen und Handlungen geprägt sei, werde sich Algerien weiterhin gegen eine Gleichsetzung von Terrorismus und Islam und einer Stigmatisierung der muslimischen Gemeinschaften in Europa wehren. Andere Verurteilungen aus der politischen Sphäre kamen unter anderem von Ali Benflis, Premierminister a.D. und ehemaliger unabhängiger Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen 2014. Benflis nutze die Mitteilung, um daran zu erinnern, dass auch in Algerien „Frauen und Männer“ den höchsten Preis bezahlt haben und um ihr Opfer zu würdigen. Weder Politik noch die Medien gehen im Detail bislang darauf ein, dass die beiden Attentäter algerischer Herkunft sind. Allein in der Erklärung des Außenministeriums wird insofern eine Referenz hergestellt, als dass „diese Tat, für die es keinen Namen gibt, in keinem Falle Algerien oder den Algeriern angelastet werden darf, egal unter welchen Vorzeichen“. **Medien und Zivilgesellschaft:** Der algerische nationale Journalistenverband verurteilte das „furchterregende Attentat“ und dessen Autoren und Auftraggeber „aufs Schärfste“. Wie auch Bouteflikas Mitteilung erinnerte der Verband an Algeriens „schwarzes Jahrzehnt“, als mehr als 100 algerische Journalisten Opfer des Terrorismus wurden. Auch in Algerien reagierten die Satiriker auf den Anschlag mit ihren Zeichnungen, wie z.B. Ali Dilem (Liberté) oder Amine Labter (Le Soir d'Algérie). Die Medienvertreter verleihen in ihren Beiträgen ebenfalls der Sorge Ausdruck, dass nunmehr – wie nach dem 11. September – eine Stigmatisierung des Islam eintreten könne. Darüber hinaus wird befürchtet, dass dieses Attentat neben einer weiteren Stigmatisierung der Muslime in der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

15. Januar 2015

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa

Nahost und Nordafrika

Weiterführende Informationen
zum Thema unter

www.kas.de

Welt zu einem erneuten Aufschwung der Islamfeindlichkeit führen wird, wie man sie in Europa in letzter Zeit immer öfters zu sehen bekommt, ob in Deutschland oder in Frankreich. Besonders ausgiebig setzten sich die algerischen Medien mit der inner-französischen Debatte auseinander. So werden insbesondere das Erscheinen der beiden Bücher von Éric Zemmour „Le suicide français“ (Herbst 2014) sowie das aktuell erschienene Werk von Michel Houellebecq „Soumission“ als Hinweis (Januar 2015) für eine in Frankreich sehr stark vorhandene und manipulierte islamophobe Haltung und Fremdenfeindlichkeit gesehen, die das Scheitern der französischen Integrationspolitik völlig außen vor lasse. **Muslimische Verbände/Autoritäten/Institutionen:** Der Hohe Islamische Rat hat in einer ersten Stellungnahme das Attentat ebenfalls verurteilt und den Missbrauch im Namen des Islam angeprangert.

Golfstaaten

Dr. Gidon Windecker (11.01.2015)

Die Länder des **Golf-Kooperationsrates (GKR)** verurteilten den Anschlag auf die französische Wochenzeitung Charlie Hebdo entschlossen und sprachen den Hinterbliebenen der Opfer, der Regierung und der Bevölkerung Frankreichs ihr Mitgefühl aus. Gleichzeitig wurde der Anschlag von Leitmedien zum Anlass genommen, um erneut über die Grenzen sowie Sinn und Zweck der Pressefreiheit zu diskutieren. Auch die Sorge um mögliche Konsequenzen und zunehmenden Anfeindungen gegenüber Muslimen im Westen kam vor dem Hintergrund des Terroranschlags zum Ausdruck. Der Generalsekretär des GKR mit Sitz in Riad, Abdul Latif bin Rashid Al-Zayani, betonte, die Länder des GKR verurteilten das „abscheuliche Verbrechen“ aufs Schärfste, da es unvereinbar mit islamischen Werten sowie jeglichen menschlichen und ethischen Prinzipien sei. Der Vorsitzende des GKR sagte Frankreich darüber hinaus die Unterstützung der GKR-Länder zu, unabhängig davon, welche Maßnahmen nötig seien, um die Täter zu fassen und terroristische Elemente zu bekämpfen. Das **saudische Königshaus** verkündete, es bedauere und verurteile den Terroranschlag in Paris aufs Äußerste. Der Anschlag sei mit dem Islam unvereinbar und werde von allen Glaubensrichtungen abgelehnt. In der saudischen Presse, insbesondere in den großen Tageszeitungen Al-Hayat, Al-Sharq Al-Awsat und Al-Riyadh, war der „feige Anschlag“ der Aufmacher am Tag nach dem Attentat in Paris. Al-Hayat spricht von einem „französischen 11. September“, der die öffentliche Meinung im Westen erschüttere und die Muslime in eine schwierige Situation bringe. Ebenso verurteilten sämtliche namhafte Kleriker des Königreiches das Attentat. Die **Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC)** mit Sitz in Dschidda, der 57 muslimische Staaten angehören, brachte ebenso ihre Verurteilung der Gräueltaten zum Ausdruck, indem sie betonte, dass Gewalt und Radikalismus die größten Feinde des Islam seien und gegen all seine grundsätzlichen Prinzipien und Werte verstoßen. Auch die **katarische Regierung** verurteilte den Anschlag nachdrücklich und betonte, dass gewaltsame Handlungen gegen wehrlose Zivilisten jeglichen moralischen Prinzipien und menschlichen Werten widersprechen. Zahlreiche arabische Zeitungen, wie Katars Al-Arabi Al-Jadeed, brachten vor dem Hintergrund der Anschläge ihre Anteilnahme und Verurteilung auch in Karikaturen zum Ausdruck. Die **Internationale Union Muslimischer Gelehrter (IUMS)** mit Sitz in Doha unter Leitung von Scheich Yusuf Al-Qaradawi verurteilte ebenfalls das „sündhafte Attentat“: „Wir, die Internationale Union Muslimischer Gelehrte, verurteilen jegliche Aktion, die das Blut Unschuldiger vergießt (...), egal wer die Täter sind und welcher Religion diese angehören.“ Ali Al-Qaradaghi, Generalsekretär der IUMS, ließ verlauten: „Welche Meinungen die Zeitung (Charlie Hebdo) auch vertrete, ihnen können nicht Morde und Kriminalität entgegengestellt werden. Terror hat keine Religion.“ Der Verband rief die französischen Behörden und Bevölkerung dazu auf, sich gegen Extremismus zusammenzuschließen, ungeachtet von Religion oder Glauben, auf welchen er sich berufe. Das Königreich **Bahrain** beteuerte, es stehe an der Seite Frankreichs und unterstütze alle Maßnahmen im Kampf gegen den Terrorismus. Bahrain betonte die wichtige Rolle einer verantwortungsvollen Presse, die alle Religionen respektiert, religiöse Vielfalt akzeptiert und jede Form von Extremismus ablehnt. Das Königreich unterstreiche seine entschlossene ablehnende Haltung gegenüber jeglicher Form von Terrorismus, Gewalt und Extremismus. Ebenso wird die internationale Gemeinschaft dazu aufgerufen, weiter zusammenzuarbeiten, um Terrorismus und seine finanziellen Quellen auszulöschen. Auch bahrainische Medien ver-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

15. Januar 2015

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa

Nahost und Nordafrika

Weiterführende Informationen
zum Thema unter

www.kas.de

urteilten die Anschläge in ihren Aufmachern, wie beispielsweise die Tageszeitung Al-Watan, welche die Anwendung von Gewalt als Mittel zum Austragen von ideologischen Konflikten als "eindeutigen und abscheulichen Akt des Terrors" bezeichnete. Ebenso verurteilten die politische und religiöse Führung der schiitischen Oppositionspartei Al-Wifaq den Anschlag. **Kuwaits** Außenministerium ließ mitteilen, die „verachtenswerte, abscheuliche und kriminelle Handlung“ widerspreche den wahren Werten des Islam, welcher für Frieden und Toleranz eintrete. In der islamischen Lehre gebe es Tabus, welche das Töten und Terrorisieren unschuldiger Menschen verbieten. Die Täter des tödlichen Anschlags seien eine Gruppe fehlgeleiteter, krimineller Auführer, welche den Islam zum Vorwand nehmen, um ihre feigen Taten zu rechtfertigen. Führende arabische und englischsprachige Medien im Land wie die Kuwait Times folgten der Linie des Außenministeriums und zeigten sich in ihren Kommentarspalten solidarisch mit den Opfern der Anschläge. Das Außenministerium der **Vereinigten Arabischen Emirate (VAE)** verurteilte in einer Pressemitteilung die Anschläge von Paris sowie jede Form des Terrorismus. Der emiratische Außenminister Sheikh Abdullah bin Zayed Al-Nahyan nimmt persönlich am Gedenkmarsch in Paris teil. Die Tageszeitung Al-Ittihad mahnte, sich unter dem Eindruck der Anschläge nicht der Logik eines Krieges zwischen radikal-religiösen Gruppen einerseits und dem Westen andererseits hinzugeben. Vielmehr seien die Anschläge als Konflikt zwischen Menschlichkeit und Barbarei zu verstehen. Der Gründer der Tabah-Stiftung Habib Ali Al-Jifri mit Sitz in den VAE sagte, dass diejenigen, die Morde im Namen Gottes in Syrien, Jemen, Irak, Ägypten, Libyen und nun auch in Paris begehen, dem Islam mehr Schaden zufügen, als die Gegner des Islam es jemals vermögen. Auch das **Sultanat Oman** verurteilt den Terroranschlag aufs Äußerste. Das Sultanat betonte seine klare Haltung darin, Gewalt, Terror in jeglicher Form und die Zerstörung von Leben und Eigentum abzulehnen und hob die Notwendigkeit für international abgestimmte Bemühungen hervor, Terrorismus einzudämmen und ihm entgegenzuwirken. Aus der **Republik Jemen**, wo einer der mutmaßlichen Attentäter von Al-Qaida trainiert worden sein soll, war andererseits keine Stellungnahme zu hören. Dies ist jedoch darauf zurückzuführen, dass das Land in den vergangenen Tagen selbst Opfer einer Serie von Anschlägen wurde, die mehr als hundert Menschenleben forderten.

Irak

Dr. Otmar Oehring (11.01.2015)

Politik, Staat und Parteien: Der irakische Präsident Fuad Masoum hat den Terroranschlag auf Charlie Hebdo im Namen aller religiösen und ethnischen Gruppen des irakischen Volkes nachdrücklich verurteilt und festgestellt, dass er die Verkümmern der Moral und der menschlichen Werte der extremistischen Terroristen zeige. Der feige Anschlag mache die Bedeutung gemeinsamer internationaler Anstrengungen zur Ausrottung des Terrorismus und der Austrocknung seiner Quellen deutlich. Er rief die internationale Gemeinschaft auf, ihre Bemühungen im Kampf gegen den Terrorismus zu intensivieren. Der irakische Ministerpräsident Haider al-Abadi verurteilte das Charlie-Hebdo-Massaker in Paris. Terror bedrohe nicht nur den Irak, sondern alle Staaten der Erde. Die Terrorattacke werde vom Irak verurteilt, der so sehr unter Terror gelitten habe. Gemeinsame internationale Anstrengungen im Kampf gegen den Terror seien notwendig. Der Irak befinde sich gegenwärtig in einem harten Kampf gegen den Terror, der gleichermaßen den Irak und Frankreich betreffe. Jedermann solle den Irak in diesem Kampf durch die Austrocknung der Quellen des Terrors, die Unterbrechung seiner Finanzierung, unterstützen und gegen extreme Ideen kämpfen, die nichts mit dem Islam zu tun haben. Der kurdische Präsident Masoud Barzani und der kurdische Ministerpräsident Nechirvan Barzani verurteilten die unmenschlichen und feigen Anschläge auf das Schärfste. Masoud Barzani gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass der Terrorismus besiegt werden könne und die Menschlichkeit bestehen werde. **Medien und Zivilgesellschaft:** In den Forumsbeiträgen zur Berichterstattung der kurdischen Internet-Seite RUDAW zu den Anschlägen in Frankreich hat es eine rege Diskussion über die Hintergründe dieser Anschläge gegeben. Dabei wurden die Anschläge u.a. verurteilt, in Einzelfällen auch mit der Anmerkung, dass von radikalen Islamisten nichts anderes zu erwarten sei. In den entsprechenden Beiträgen wurde teilweise auch die „lasche“ Haltung des Westens gegenüber dem Islam und den Islamisten mitverantwortlich für die aktuellen Entwicklungen gemacht. Andere Beiträge enthielten kritische

[Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.](#)

15. Januar 2015

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa

Nahost und Nordafrika

Weiterführende Informationen

zum Thema unter

www.kas.de

Äußerungen zur Haltung des Westens gegenüber dem Islam und den Muslimen. So wurde die regelmäßige Beleidigung des Islam, des Propheten und des Koran erwähnt. Vereinzelt kam zum Ausdruck, dass der Westen vor diesem Hintergrund selbst schuld an den Anschlägen sei. In einigen wenigen Beiträgen wurden die Attentate in Frankreich auch uneingeschränkt positiv bewertet.

Muslimischen Verbände/Autoritäten/Institutionen: Offizielle Äußerungen religiöser Führer aus jenen Teilen des Irak, die sich weiterhin unter der Kontrolle der Zentralregierung befinden, sind nicht bekannt, auch keine entsprechenden Stellungnahmen religiöser Führer aus der Autonomen Region Kurdistan. Sicher ist, dass in den Landesteilen, die sich unter der Kontrolle des sogenannten Islamischen Staats befinden, die Terroranschläge in Frankreich gefeiert werden. Der IS-Prediger Abu Assaad Al-Ansari nannte in seiner Freitagspredigt in der Al-Rahman-Moschee in Mosul die Terroranschläge in Frankreich einen Racheakt für die Bombardierung sunnitischer Erde. Die Forenbeiträge zu dieser Nachricht waren mehrheitlich deutlich gegen den IS gerichtet.

Iran

Dr. Gidon Windecker (11.01.2015)

Medien und Zivilgesellschaft: In der Islamischen Republik Iran fanden die Anschläge vom 7. Januar in den Medien weniger Beachtung als in der arabischen Welt, auch wenn einige Zeitungen die Ereignisse von Paris auf der Titelseite thematisierten. Deutlicher als in den GKR-Staaten schwing sowohl in den konservativen als auch reformorientierten iranischen Zeitungen neben der Verurteilung der Tat auch Kritik an Charlie Hebdo sowie die Frage danach mit, ob beleidigende und diffamierende Abbildungen des Propheten nicht ein falsches Verständnis von Pressefreiheit widerspiegeln. Präsident Hassan Rohani trat am 9. Januar vor die Presse und verurteilte Terror und Gewalt im Namen eines falsch verstandenen Islam, ohne sich dabei explizit auf den Überfall auf Charlie Hebdo zu beziehen. Gleichzeitig hinderten die Sicherheitskräfte iranische Journalisten daran, eine Solidaritätskundgebung für die Opfer der Anschläge zu organisieren.

Jordanien

Dr. Otmar Oehring (11.01.2015)

Politik, Staat und Parteien: König Abdullah hat in einem Telegramm an den französischen Präsidenten Hollande den Anschlag auf die Zeitung Charlie Hebdo verurteilt, sein Beileid bekundet und den Verletzten baldige Genesung gewünscht. Regierungssprecher Mohammad Momani bezeichnete den Angriff als einen Angriff auf "hehre Werte und Prinzipien" wie auf die „befreundete Nation Frankreich“. Momani drückte der französischen Regierung und dem französischen Volk sein Beileid wegen der Toten des Anschlags aus und versicherte „allen Freunden“ die Solidarität Jordaniens gegen alle Formen von Terror. **Medien und Zivilgesellschaft:** In den durchwegs regierungstreuen Tagesmedien gibt es eine Reihe von Kommentaren zu den Ereignissen in Frankreich. Während einerseits die Anschläge verurteilt werden, wird andererseits Ärger darüber zum Ausdruck gebracht, dass die Zeitschrift Charlie Hebdo regelmäßig den Islam und den Propheten Mohammed verunglimpft hat. Auf der Facebook-Seite der französischen Botschaft in Amman gibt es eine Reihe von Beileidsbekundungen. Ahmad Massadeh, ehemaliger jordanischer Minister, schreibt auf seiner Facebook-Seite am Tag des Attentats, Unschuldige zu töten sei ein feiger Akt, den er als Araber und Muslim verurteilt. Die Welt sei im Kampf gegen den Terror und den Einsatz für eine freie Presse vereint. Der politische Analyst und Journalist Amer Sabaileh schreibt auf seiner Facebook-Seite am Tag des Attentats unter Verweis auf ein Interview mit der italienischen Internet-Seite PANORAMA, der Krieg gegen die Feinde der Menschheit (...) sei kein Krieg zwischen den Religionen, sondern ein Krieg für die Menschheit. In seinem Interview mit PANORAMA kritisiert Sabaileh die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union dafür, vielen Führern des Jihad politisches Asyl gewährt zu haben. Europa habe sich mit dieser Haltung getäuscht und nun den Feind im eigenen Haus. Insgesamt gibt es auf den Seiten der Sozialen Medien einen regen Austausch über die Ereignisse in Frankreich, wobei mehrheitlich Verständnis für islamische Reaktionen – auch gewalttätige – auf die Verunglimpfung des Islam und des Propheten Mohammed geäußert wird. Nur vereinzelt werden die Terroranschläge als solche benannt und verurteilt. **Muslimischen Verbän-**

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

15. Januar 2015

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa

Nahost und Nordafrika

Weiterführende Informationen

zum Thema unter

www.kas.de

de/Autoritäten/Institutionen: Offizielle Äußerungen religiöser Führer gibt es nicht. Der sunnitische Islam in Jordanien steht im Prinzip unter der Aufsicht des Staates und seiner Einrichtungen. Von daher wären Äußerungen, die von der offiziellen Positionierung des Königs und der Regierung abweichen, auch überraschend. Bei den Moscheegemeinden ist vorderhand zu unterscheiden zwischen jenen, die sich zumindest offiziell unter der Kontrolle des Staates befinden und jenen, die sich in den letzten Jahren in großer Zahl inoffiziell etabliert haben und sich staatlicher Kontrolle weitgehend entziehen. Nach vorliegenden Berichten erfüllen die Prediger an den Moscheen, die sich zumindest offiziell unter der Kontrolle des Staates befinden, zwar den vorgegebenen Auftrag, den Terror zu verurteilen, nehmen sich dann aber gleichwohl die Freiheit jene zu würdigen, die gegen die „Kreuzzüger“ vorgehen. Konkrete Erkenntnisse über die Positionierung der Prediger der inoffiziellen Moscheegemeinden liegen nicht vor, man kann jedoch davon ausgehen, dass hier weitestgehend unbeeinflusst von staatlichen Vorgaben gepredigt wird.

Libanon

Peter Rimmele (12.01.2015)

Politik, Staat und Parteien: Premierminister Tammam Salam, selbst als gemäßigt geltender Sunnit, sein Amtsvorgänger Fouad Siniora und Saad Hariri sowie weitere Politiker verurteilten die „barbarische“ und „terroristische“ Tat scharf. Siniora sprach von einem „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ gegen schuldlose Bürger, welches von keiner Religion legitimiert werden kann. Die Tat stelle „eine Verstümmelung des Islambilds, welche eine Religion der Toleranz und des Friedens ist, dar.“ Siniora fügte hinzu: „Wir stehen zur Solidarität mit dem Staat und dem Volk Frankreichs, die von jeher zu den arabischen und libanesischen Sachen standen, sowie mit den Familien der Opfer.“ Saad Hariri bezeichnete die Täter als „irreführte“ Muslime, die den islamisch-französischen Verhältnissen sowie hunderttausend von französischen Muslimen, die seit Jahrzehnten Vorteile aus sozialen, politischen, und menschlichen Rechten ziehen, Leid zufügt. Der drusische Führer Walid Dschumblat verurteilte das Attentat: „Das barbarische Verbrechen an Charlie Hebdo kann gar nicht legitimiert werden,“ da sie der Meinungsfreiheit sowie der Charta der Menschenrechte widersprechen. Nach ihm gießen solche Taten Wasser auf die Mühle der rassistischen und islamfeindlichen äußersten Rechte. „Es ist Zeit“, fügt er hinzu, „für eine intellektuelle und politische *Renaissance* innerhalb des Islam.“ Nach Dschumblat sei die Lösung eine „Integration der Muslime in ihre Aufnahmegesellschaften und der Respekt vor den Traditionen und Gesetzen der Staaten, in denen sie leben, anstatt lediglich ihre Herkunftskultur zu reproduzieren.“ Später fügte er hinzu, dass die Beleidigung der Religionen und ihrer Symbole aber ebenso abzulehnen sei. Die Kommentare des Hisbollah-Generalsekretärs Sayyed Hassan Nasrallah kamen relativ spät und gingen auf den Anschlag im Laufe einer umfassenderen Rede nur nebensächlich ein: „Die ‚*takfiri*‘ [Jihadi]-Gruppen haben den Islam, Muslime und den Propheten mehr beleidigt als die Veröffentlichung von Karikaturen und die Feinde des Islam,“ sagte er. Er lobte die Tugenden des Dialogs zwischen Sunniten und Schiiten, sowie zwischen Christen und Muslimen. Eine Reaktion auf den Anschlag vonseiten des schiitischen Parlamentssprechers und Chefs der Amal-Bewegung Nabih Berri blieb aus. **Medien und Zivilgesellschaft:** Die libanesischen Presse und die Zivilgesellschaft verurteilten den „terroristischen“ Anschlag quasi einstimmig. Vertreter letzterer sind v.a. die Samir-Kassir-Stiftung und das SKeyes Center für Medien und kulturelle Freiheit, die den Anschlag mit Nachdruck angeprangert haben. In seinem Kommuniqué wiederholte SKeyes seine Ablehnung jeder Form von Zensur und wies darauf hin, dass die Verteidigung der Presse- und Meinungsfreiheit ein globaler Kampf sei. Weiterhin wurden von Presse- und zivilgesellschaftlichen Vertretern zwei Solidaritäts-Demonstrationen nach dem Modell „Je suis Charlie“ in Beirut abgehalten. Im *Daily Star* wurde eine Kolumne des indisch-amerikanischen Journalisten Fareed Zakaria (CNN), mit dem Statement veröffentlicht, dass der Koran die Gotteslästerung nicht bestrafe, und Rufe nach einer gewalttätigen Reaktion auf Gotteslästerung viel mehr einer politischen Agenda dienten. **Muslimische Verbände/Autoritäten/Institutionen:** Die höchsten islamischen religiösen Instanzen im Libanon, der Mufti der Republik Libanon (Sunni), Scheikh Abdul-Latif Derian, der stellvertretende Vorsitzende am Obersten Schiitischen Rat, Sheikh Abdul-Amir Qabalan, der Oberste Scheikh der Drusen, Scheikh Naim Hassan und der Vorsitzende des Alawitischen Islamischen Rat,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

15. Januar 2015

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa

Nahost und Nordafrika

Weiterführende Informationen

zum Thema unter

www.kas.de

Scheikh Assad Assi verurteilten in einem gemeinsamen Kommuniqué das „abscheuliche und barbarische“ Verbrechen auf Charlie Hebdo, welches sich gegen Journalisten und französische Sicherheitskräfte richtete. Sie richteten an den französischen Staat in Person des Präsidenten, der Regierung sowie des Volkes ihr aufrichtiges Beileid und haben ausdrücklich darauf hinweisen wollen, dass:

1. das barbarische Verbrechen, welches in der Hauptstadt der Offenheit und Toleranz, Paris, verübt wurde, ein Verbrechen gegen die Menschheit, die Religionen sowie gegen die freie Meinungsäußerung und die Menschenwürde sowie das Recht auf Leben darstellt;
2. jegliches Verbrechen im Namen der Religion ein Anschlag auf die Religion selbst ist und die Religion und alle Gläubigen schädigt;
3. Jene, die dieses hässliche Massaker verübt haben, nur die Welt der Kriminalität darstellen. Deshalb bitten sie die französischen Behörden, diese Kriminellen zu verfolgen, zu verhaften und zu verurteilen, damit sie eine Lehre für andere gleichgesinnte Kriminelle sind.

Zum Schluss verurteilten die muslimischen Instanzen den Terrorismus in all seinen Formen und Ausprägungen, sowohl im Osten als auch im Westen, und forderten die Weltgemeinschaft, mit all deren Religionen und Glaubensrichtungen, auf, ihre Bemühung zu koordinieren und sich zu mobilisieren, um diesem Phänomen der Aufklärungsfeindlichkeit, welches sich unter dem Deckmantel der Religion verbirgt, geschlossen Einhalt zu gebieten.

Marokko

Dr. Helmut Reifeld (10.01.2015)

Politik, Staat und Parteien: Die Reaktionen auf das Attentat sind seitens der staatlichen Institutionen, der politischen Parteien, der Medien sowie zahlreicher Vertreter der Zivilgesellschaft ähnlich und von dezidierter Empörung geprägt. In fast allen Stellungnahmen und Presseberichten wird das Attentat als „abscheulich“ bezeichnet und als „hasserfüllt“ bewertet. Auch islamistische Gruppierungen wie die der PJD nahestehende Bewegung Atawhid wal Islah, die islamistische Bewegung Al Adl Wal Ihsane sowie führende Salafistenvertreter verurteilten das terroristische Attentat auf die Redaktion von Charlie Hebdo scharf. Hierüber wird in allen Zeitungen berichtet. König Mohammed VI hat bereits kurz nach Bekanntwerden des Attentats dem französischen Präsidenten Hollande und den Angehörigen der Opfer sein Beileid ausgesprochen. Regierungschef Benkirane tat dies mit einer ähnlichen Botschaft stellvertretend an den französischen Premierminister Valls.

Medien und Zivilgesellschaft: Als Beispiele aus der Presse kann – pars pro toto – auf den nationalkonservativen „L’Opinion“ hingewiesen werden, der den Titel „Akt der Barbarei mitten in Paris“ gewählt hat. Ähnlich spricht das sozialistische Blatt „Libération“ von einem „nicht zu rechtfertigenden kriminellen Akt“. Die private Online-Zeitung Huffpostmaghreb nennt den Anschlag einen „barbarischen Akt“ und hebt hervor, dass die Meinungsfreiheit ein Grundrecht sei. Der palast-nahe „LeMatin“ berichtet ohne eigene Wertung und erst auf Seite 5 über den Anschlag. Für die folgenden Tage weisen die Zeitungen auf die Solidaritätskundgebungen für die Opfer des Attentats hin. Am 9. Januar berichtet der „Economiste“, dass Regierungssprecher El Khalfi vor Islamophobie und vor der Gleichsetzung von Islam und Terrorismus gewarnt habe. Der Islam sei eine Religion des Friedens und nicht des Verbrechens oder der Rache. Gleichzeitig geht der Herausgeber der privaten liberalen Zeitung „Akhbar Al Yaoum“, Taufik Bouachrine, in seinem Leitartikel auf das Attentat ein und schreibt: „Ob wir mit der Linie der Zeitung einverstanden sind oder nicht, das Attentat auf Charlie Hebdo ist ein grausamer und barbarischer Anschlag. Die Mörder sind dumm, wenn sie meinen, mit ihrer Tat den Propheten Mohamed gerächt zu haben. Tatsächlich haben sie sich eigentlich an den Muslimen gerächt (...), die friedlich in Frankreich leben, studieren und arbeiten, denn diese werden den Preis dafür bezahlen. Frankreich darf nicht alle Muslime in einen Topf werfen, denn das ist genau das, was die Terroristen wollen: den Krieg alle gegen alle“. Die unabhängige und relativ kritische Wochenzeitung „Telquel“ berichtet umfassend, sachlich und auch auf die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

15. Januar 2015

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa

Nahost und Nordafrika

Weiterführende Informationen

zum Thema unter

www.kas.de

Berichterstattung in Europa eingehend über den Tathergang und die anschließende Verfolgung der Täter. In Rabat, Casablanca und anderen Großstädten wurde für Freitag und Samstag zu „Sit-ins der Trauer“ vor den Büros der AFP und anderen französischen Einrichtungen aufgerufen.

Palästinensische Autonomiegebiete

Dr. Hans Maria Heyn (09.01.2015)

Politik, Staat und Parteien: Nur wenige Stunden nach dem Anschlag verurteilte der Präsident der palästinensischen Zivilverwaltung, Mahmoud Abbas, in einem offiziellen Telegramm an den französischen Staatspräsidenten die Gräueltaten in der französischen Hauptstadt auf das Äußerste. Wörtlich sprach er von einem „abscheulichen Verbrechen, welches im Widerspruch zu jeder Religion und Moral steht“. Zusätzlich sprach Präsident Abbas dem französischen Volk und den Familien der Opfer sein „aufrichtiges Beileid“ aus und wünschte „schnelle Genesung“ für die Verletzten und „Geduld und Stärke“ für deren Familien. In ähnlicher Schärfe brandmarkte auch die PLO den Anschlag in Paris. Man „verurteilt in jeder Deutlichkeit jegliches sinnlose Töten und jede vorsätzliche Gewalttat gegen unschuldige Zivilisten“. **Medien und Zivilgesellschaft:** In den palästinensischen Medien wurde der Anschlag gleichwohl nur im Rahmen der internationalen Schlagzeilen und nur von den größeren palästinensischen Medienagenturen aufgegriffen. Anders als in anderen arabischen Ländern, wo der Vorfall im Blickwinkel aktueller Geschehnisse und im Zusammenhang mit den Aktionen der Terrororganisation Islamischer Staat thematisiert wurde, berichteten die palästinensischen Medien davon isoliert und an nachrangiger Stelle. Die mit der Hamas assoziierten Pressestellen, wie Al-Risala, oder Felesteen behandelten das Geschehen nur in Verbindung mit Neuigkeiten über die als Vergeltungsmaßnahmen vermuteten Anschläge auf Moscheen in Frankreich. Das Statement von Präsident Abbas wird hier weder kommentiert noch erwähnt. Ebenso ist bisher kein offizielles Statement von Vertretern der Hamas erschienen, die sich somit wohl nicht zu dem Attentat in Paris äußern will. Befragt man Palästinenser in Ramallah und Ostjerusalem auf der Straße, so ist ein breites Mitgefühl mit den Menschen in Paris und eine große Missbilligung der Gewalttat spürbar. Weder christliche noch muslimische Palästinenser zeigen auch nur in geringster Weise Verständnis für die abscheulichen Gräueltaten. Viele palästinensische Muslime äußern zudem die Sorge, im Zuge des Anschlages mit islamischen Extremisten in Verbindung gebracht zu werden. Immer wieder fällt die Aussage: „dies ist nicht mein Glaube, dies hat mit meiner Religion nichts zu tun“. **Muslimische Verbände/Autoritäten/Institutionen:** Muslimische Geistliche in den Palästinensischen Gebieten betonten in diesem Zusammenhang, dass der Islam jede Gewalt verurteilt und sprechen den Opfern ebenfalls ihr Mitgefühl aus. In offiziellen Statements wurde von einem kriminellen Anschlag oder sogar einem Massaker gesprochen, das in jeder Hinsicht zu verurteilen sei.

Syrien

Dr. Otmar Oehring (11.01.2015)

Politik, Staat und Parteien: Das Assad-Regime verurteilt die Terrorattacke auf das Magazin Charlie Hebdo in Paris und entbietet den Familien und Kollegen der Opfer sein herzlichstes Beileid. Offizielle Äußerungen religiöser Führer aus jenen Teilen Syriens, die sich weiterhin unter der Kontrolle des Assad-Regimes befinden, gibt es nicht. Der sunnitische Islam steht in diesen Landesteilen weiterhin unter der Kontrolle des Assad-Regimes und damit der Geheimdienste. Äußerungen, die von der offiziellen Position des Regimes abweichen, sind grundsätzlich nicht zu erwarten. Es wird in den Moscheen regelmäßig gegen den Terrorismus gepredigt. Ob am vergangenen Freitag explizit auch zu den Terroranschlägen in Frankreich gepredigt worden ist, war nicht zu ermitteln. Sicher ist, dass in den Landesteilen, die sich unter der Kontrolle radikal-islamistischer Gruppierungen aus dem Al-Qaida-Umfeld oder des sogenannten Islamischen Staats befinden, die Terroranschläge in Frankreich begrüßt und gefeiert werden. Hier ist eher von Auseinandersetzungen zwischen den genannten Gruppen über die Zuordnung der Attentäter zum Umfeld einer der genannten Gruppen auszugehen.

15. Januar 2015

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa

Nahost und Nordafrika

Weiterführende Informationen

zum Thema unter

www.kas.de**Tunesien**

Dr. Hardy Ostry (11.01.2015)

Politik, Staat und Parteien: Die tunesische Politik reagierte umgehend auf das Attentat auf die Redaktion von Charlie Hebdo. Als erster prominenter Vertreter äußerte sich Rached Ghannouchi, Präsident der islamistischen Ennahda-Partei, der sich in einer Pressemitteilung angesichts der „feigen und kriminellen Tat gegen die Journalisten und das Personal von Charlie Hebdo (...) entsetzt und empört“, erklärte. „Wir verurteilen auf das schärfste diese terroristischen Handlungen, ihre Täter, ihre Auftraggeber und ihre Befürworter“, so Ghannouchi. Dieser ersten Stellungnahme folgten weitere seitens verschiedener staatlicher Institutionen wie der Regierung und des Präsidentsamtes, die beide ebenfalls das Attentat aufs schärfste verurteilten. Die tunesische Regierung qualifizierte das Attentat als feige und rief die internationale Gemeinschaft auf, durch verstärkte Kooperation gegen das Phänomen des Terrorismus vorzugehen, während die Pressemitteilung des tunesischen Präsidentsamtes auf einen Brief des tunesischen Präsidenten, Béji Caïd Essebsi, an seinen französischen Amtskollegen, François Hollande, verwies, in dem dieser sich solidarisch mit dem französischen Volk in seiner Trauer zeigte. Das Ministerium für religiöse Angelegenheiten veröffentlichte eine Pressemitteilung, in der sie ebenfalls die kriminelle Handlung verurteilte. Die Tat entbehre „jeglicher menschlicher Werte“ und „jede Form des Angriffs auf Menschenleben, unabhängig von Glauben oder geistiger Orientierung“ solle angeprangert werden. „Diese Art von terroristischen Handlungen hat nichts mit dem Islam zu tun und verstößt gegen dessen universelle Werte“, so die Mitteilung. Das Ministerium rief alle Muslime auf, sich nicht provozieren zu lassen und Gewalt nicht mit Gewalt zu bekämpfen. Das Ministerium rief zugleich alle Journalisten auf, die ethischen Prinzipien ihres Berufs zu respektieren und es bei der Darstellung der Religion zu vermeiden, die Empfindlichkeiten anderer zu verletzen. Dieser letzte Teil wurde von mehreren Medien aufgegriffen und kritisiert (u.a. Al Huffington Post, Nawaat und Courier de l'Atlas), indem sie darauf verwiesen, dass sich Charlie Hebdo genau gegen diese Form der Selbstzensur gestellt hat. Von Seiten der politischen Parteien reagierten die Mehrheitspartei Nidaa Tounes und der Sprecher der linken Partei Front Populaire, Hama Hammami. Nidaa Tounes verurteilte die „perfide terroristische Attacke auf die Journalisten und Künstler mit Nachdruck“. Die Partei erinnerte auch an die Ermordung des Polizisten in El Fahs, die im Zusammenhang mit dem Attentat in Paris zeige, dass Terrorismus keine Heimat oder Religion habe. Die Religion des Islam sei folglich nicht verantwortlich für die Verbrechen, die in seinem Namen begangen werden, so die Mitteilung. Hama Hammami verurteilte ebenso den „feigen terroristischen Angriff“ gegen das französische Satire-Magazin. Für den führenden Vertreter der tunesischen Linken gilt der Angriff der Meinungsfreiheit. Dieser würde zudem dem Islam und dem Ruf der Muslime schaden sowie den rassistischen Bewegungen nutzen, da diese „jede Gelegenheit nutzen, um gegen die Rechte der eingewanderten Muslime vorzugehen“, so Hammami. **Medien und Zivilgesellschaft:** Mehrere tunesische Künstler und vor allem Satiriker haben sich durch ihre Zeichnungen zu dem Terroranschlag geäußert und ihrer Solidarität mit dem Magazin Ausdruck verliehen. Besondere emotionale Betroffenheit herrscht auch, weil Wolinski, einer der Zeichner von Charlie Hebdo, in Tunesien geboren wurde und der getötete Polizist ebenfalls aus Tunesien stammte. Auch die großen Medienverbände äußerten sich zum Attentat. Der Nationale Journalistenverband Tunesiens verurteilte den Anschlag und prangerte jegliche Druckmittel an, deren Ziel es sei, die Meinungsfreiheit einzugrenzen. „Diese feige und barbarische Tat bestätigt, dass Terroristen, die immer mit Gewalt und Blutbädern handeln, die Feinde des Denkens und des Schaffens sind“, so Néji Bghouri, Vorsitzender des Verbandes. Er hoffe zudem, dass dieses Attentat die Islamfeindlichkeit in Frankreich nicht stärken wird, so die Mitteilung. Das Bündnis der tunesischen Zeitungsvorsitzenden gab ebenso seiner Empörung Ausdruck. Für das Bündnis stelle diese Attacke eine direkte Bedrohung der Meinungsfreiheit und müsse deswegen verurteilt werden. Zudem hoffe es, dass dies keine Konsequenzen für die Beziehung zwischen Frankreich und der muslimischen Welt haben werde. Die französische Gemeinschaft in Tunis organisierte zudem eine spontane Versammlung im Gedenken an die Opfer am Abend des 7. Januars vor der Residenz des französischen Botschafters, an der auch tunesische Künstler und Denker teilnahmen. Am Freitagnachmittag rief ein Bündnis von Vertretern der Medien, politischer Parteien und der Zivilgesellschaft zu einem Gedenkmarsch für die Opfer des Atten-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

15. Januar 2015

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa

Nahost und Nordafrika

Weiterführende Informationen

zum Thema unter

www.kas.de

tates auf der Avenue-Bourguiba auf, dem mehrere Tausend Menschen folgten. Vor dem Hintergrund der bislang nicht bestätigten Nachricht aus Libyen, demnach dort der Islamische Staat die zwei seit September festgehaltenen tunesischen Journalisten Sofiane Chourabi und Nadhir Guetari enthauptet habe, sollte diese Demonstration deutlich machen, dass die Fronstellung im Krieg gegen den Terrorismus nicht entlang der Konfliktlinien Islam – westliche Welt verläuft, sondern die Region selber Opfer des Terrorismus ist. Auf den sozialen Netzwerken herrscht neben dem Entsetzen auch die Angst vor einem „erneuten 11. September“, was die Reaktion der „westlichen“ Staaten gegenüber deren muslimischen Mitbürgern und Bewohnern angeht, besonders vor dem Hintergrund des aktuellen Klimas, das in Europa zu herrschen scheint. Diesbezüglich häuften sich die Hinweise auf die PEGIDA-Demonstrationen in Deutschland und die neuen Publikationen von Zemmour und Houellebecq in Frankreich sowie der offensichtliche Versuche extremer Parteien wie der Front National, aus den Ereignissen politisches Kapital zu schlagen. Zugleich war ein gewisser Überdruß gegen die Aufrufe mancher Persönlichkeiten festzustellen, Muslime müssten sich in besonders deutlicher Form abgrenzend und verurteilend zu den Ereignissen äußern, wie z.B. gegen #notinmyname. Viele Intellektuelle sahen in diesen Forderungen, die ihrer Meinung nach übersehen, dass Muslime selber auch Opfer des Terrors sind, eine implizit von vornherein mitgedachte und suggerierte „Mittäterschaft“. Andere Stimmen wie die prominente Schriftstellerin Olfa Youssef stellen eine direkte Beziehung zwischen den Ereignissen in Paris und der aktuellen Lage in Tunesien her. Auf Youssefs Facebook Seite heißt es: „Frankreich erntet die Früchte seiner Politik der Normalisierung der religiösen Extremisten, die als Opfer in ihren Heimatländern und als fähig, in einer Demokratie zu leben, dargestellt werden“. Und weiter: „Das französische demokratische und laizistische Modell geht auf sein Ende zu, da Frankreich nicht hat verstehen wollen, was von so genannten Diktatoren als einfache Wahrheit verkündet wurde: keine Freiheit für die Feinde der Freiheit, keine Menschenrechte für diejenigen, die das Leben anderer Menschen nicht respektieren, keine Demokratie mit denjenigen, die andere Köpfe (...) Sie wollten sie exportieren, aber sie haben als erste ihre Missetaten erfahren müssen.“

Muslimische Verbände/Autoritäten/Institutionen: Reaktionen der Geistlichkeit in Tunesien wurden in den Folgetagen nach dem Anschlag nicht bekannt, mit Ausnahme der Äußerungen des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten.

Türkei

Dr. Colin Dürkop (09.01.2015)

Politik, Staat und Parteien: Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan hat den Anschlag scharf verurteilt und Frankreich kondoliert. Terrorismus könne weder religiös noch national sein und daher durch nichts gerechtfertigt werden. Man müsse eine gemeinsame Haltung einnehmen gegen Terroranschläge wie auch gegen Intoleranz und hassschürende öffentliche Diskurse, die zu gefährlichen Spannungen führen. Laut Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu könne der Anschlag in keinsten Weise mit dem Islam und seinen Werten in Verbindung gebracht werden. Das türkische Außenministerium kommunizierte, dass der Anschlag die gesamte Menschheit sowie ihre universellen Werte getroffen habe. Die Täter hätten sich eines Verrats an ihrer Religion schuldig gemacht. Der Anschlag leiste der Islamophobie sowie Rassismus und Ausländerfeindlichkeit Vorschub. Der türkische EU-Minister Volkan Bozkır verurteilte den terroristischen Angriff über Twitter und fordert Einigkeit im weltweiten Kampf gegen Radikalismus und Terrorismus. Die oppositionelle Republikanische Volkspartei (CHP) warnt angesichts des Anschlags vor einer bedrohlichen Ausbreitung von Terrororganisationen, die den Islam und seine Werte für eigene Zwecke instrumentalisieren. Folglich müssten „wahre“ Muslime in ihren eigenen Ländern entsprechend Widerstand leisten.

Medien und Zivilgesellschaft: Der Anschlag und seine weltweite Verurteilung und Empörung findet breiten Niederschlag in der türkischen Medienberichterstattung. Teilweise wird das "Massaker" von Paris mit dem 11. September verglichen. In Istanbul versammelte sich eine Menschenmenge vor dem französischen Kulturinstitut, um mit „Je suis Charlie“ Postern ihrer Solidarität Ausdruck zu verleihen und gegen das blutige Attentat in Paris zu protestieren. Das Massenblatt Hürriyet titulierte beispielsweise „die Welt ist im Schock“. Die liberale Milliyet kommentiert das Attentat als eine verabscheuenswürdige Schändung der Meinungsfreiheit und klagt die hasserfüllten, fanatischen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

15. Januar 2015

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa

Nahost und Nordafrika

Weiterführende Informationen

zum Thema unter

www.kas.de

und rachsüchtigen Attentäter an. Das Blatt sieht jetzt auch schwere Zeiten für die Muslime in Europa voraus. Die Zeitung Zaman schreibt, dass sich der Terror durch nichts legitimieren lasse. Die oppositionelle Cumhuriyet spricht von einem Angriff auf die Meinungsfreiheit, kritisiert aber auch, dass die ersten Reaktionen der Regierung eher verhalten und arm an Empathie ausgefallen seien. Der bekannte Kolumnist Özgür Mumcu sieht in der französischen Satirezeitschrift kein islamfeindliches Magazin, wenn auch die entsprechenden Karikaturen teilweise schockierend und verletzend seien. Charlie Hebdo habe sich mit Tabuthemen und allen Religionen kritisch auseinandergesetzt; aber ausschließlich radikale Muslime hätten sich provoziert gefühlt, einen derart brutalen Übergriff zu verüben. Die kemalistische Sözcü fordert u.a., dass sich die muslimische Welt nun dezidiert von dem Attentat distanzieren müsse. Viele der Berichte heben aber auch hervor, dass der Anschlag in einer Phase ausgeübt wurde, in der Islamfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in Europa zunehme. Über die Publikation der umstrittenen Mohammed-Karikaturen durch das Satiremagazin wird in diesem Zusammenhang teils objektiv, teils relativierend kommentiert. So stellt die linksliberale Zeitung Yurt fest, dass sich Charlie Hebdo aufgrund der Karikaturen unter den Anschlagzielen Al-Qaidas befinde. Die islamische Yeni Safak schreibt, dass jedes Thema des Magazins „voller Hass“ gewesen sei und sich daher wegen öffentlicher Hassverbrechen gegenüber Muslimen schuldig gemacht habe. Die regierungsnahe Star sieht Versuche, den Anschlag als eine Reaktion von Muslimen in Europa auf die Karikaturen darzustellen, obwohl sie den islamistischen Terror wiederholt verurteilt hätten. Die nationalistisch gemäßigt-islamistische Türkiye stellt fest, dass sich der Anschlag zu einer Zeit ereignet habe, in der Aktivitäten gegen den Islam in Europa „eskalieren“ würden. Laut der erzkonservativen Yeni Akit, die das Attentat als eine unmittelbare Folge der wachsenden Islamfeindlichkeit in Europa zu rechtfertigen versucht, wird nun erwartet, dass der Westen den Druck auf Muslime erhöht. Die Nachrichtenseite Odatv berichtet von Islamisten in der Türkei, die den Anschlag aufgrund der Mohammed-Karikaturen verteidigen würden. Interessanterweise gibt es auch in der Türkei über zehn Satirezeitschriften mit einer europaweit vergleichsweise hohen Gesamtauflage und Karikaturen haben eine lange Tradition. Die populären Magazine Penguen und LeMan, die es auch an bissiger Kritik an der Regierung nicht mangeln lassen, haben nach dem Pariser Attentat über Twitter aus dem radikal-islamistischen Lager bereits entsprechende Drohungen erhalten. Mehrere Stimmen warnen davor, dass ein reelles Risiko für ähnlich gelagerte Attentate aufgrund der aktuellen Situation auch für die Türkei durchaus bestehe.

Muslimische Verbände/Autoritäten/Institutionen: Der Vorsitzende des Präsidiums für Religionsangelegenheiten (DIYANET) Prof. Mehmet Görmez verurteilt den Anschlag als einen direkten Angriff auch gegen den Islam und die Muslime. Niemand dürfe aufgrund von Verunglimpfungen des Propheten Mohammed Maßnahmen ergreifen, die der Prophet selbst nicht gutgeheißen hätte. Es werde unglücklicherweise versucht, die Wahrnehmung des Islam in der Welt negativ zu beeinflussen. Außerdem werde versucht, einen Konflikt zwischen den Religionen und Zivilisationen herbeizuführen. Dies dürfe man nicht zulassen.

Israel

Dr. Michael Borchard / Stefan Wolfrum (12.01.2015)

Israel ist kein mehrheitlich muslimisches Land, es gehört allerdings geografisch zum Nahen Osten. Hinzu kommt, dass die Anschläge in Frankreich durch den gezielten Angriff auf den koscheren Pariser Supermarkt „Hyper Cacher“ und die anschließende Geiselnahme auch mehrere jüdische Todesopfer forderten. Auch diese Tat hat international, in jüdischen Gemeinden weltweit und in Israel selbst zu Reaktionen von Politikern, Medien und geistlichen Autoritäten geführt. Daher ist auch das folgende Stimmungsbild aus Israel von Interesse.

Politik, Staat und Parteien: In Israel ist die offizielle Reaktion stark durch die „Binnensicht“ auf den Terrorismus geprägt und auf das subjektive Gefühl konzentriert, dass Terroranschläge in der Welt den eigenen „Kurs“ gegen den Terrorismus bestätigen. Präsident Reuven Rivlin und Ministerpräsident Benjamin Netanjahu brachten ihre Anteilnahme für die Französischen Opfer zum Ausdruck und wiesen dementsprechend darauf hin, dass das Entsetzen und die Trauer nach solch mörderischen Angriffen den Menschen in Israel nicht fremd seien. Beide Politiker hatten zuvor ei-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

15. Januar 2015

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa

Nahost und Nordafrika

Weiterführende Informationen

zum Thema unter

www.kas.de

nen persönlichen Brief an Präsident François Hollande geschickt, in dem sie ihr Beileid für die Opfer und ihre Unterstützung für Frankreich zum Ausdruck brachten. Tzachi Hanegbi, der stellvertretende Außenminister, führte diesen Gedanken fort, indem er Frankreich die Hilfe Israels auf dem Gebiet der Terrorprävention und -bekämpfung anbot. Außenminister Avigdor Lieberman stellte eine direkte Verbindung zwischen dem Anschlag auf Charlie Hebdo und der israelischen Innenpolitik her: Man müsse islamischen Organisationen in Israel Einhalt gebieten, bevor sich solch ein Zwischenfall auch in Israel ereignen könnte. Diese Reaktion muss vor allem im Rahmen der bevorstehenden Wahlen gesehen werden, für die Lieberman seine Partei neu positionieren und von dem gegenwärtigen Korruptionsskandal ablenken möchte. Tzipi Livni von der Arbeitspartei erklärte, dass man entschlossen gegen alle Formen des Terrorismus auftreten müsse. Umgehend nach dem Anschlag veröffentlichte der Parteivorsitzende des Likud, Benjamin Netanjahu, einen Eintrag auf seiner persönlichen Facebook-Seite, in dem er sich solidarisch mit den Franzosen erklärte. Dieser Eintrag wurde ebenfalls auf der Internetseite des israelischen Außenministeriums und im Rundbrief der Israelischen Botschaft in Deutschland zitiert. Netanjahu machte in seiner Stellungnahme deutlich, dass Presse- und Meinungsfreiheit ein hohes Gut der freien Welt seien und dies auch bleiben müssen. Gleichzeitig nutzte er die Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, dass der Kampf gegen den Terrorismus zu einer globalen Angelegenheit werden müsse, da man nur mit gemeinsamer Anstrengung Hamas, Hisbollah, IS und Al-Qaida stoppen könne. Ziel des Terrors seien nämlich nicht nur Israel oder der Nahe Osten, sondern die Zerstörung von Freiheit und dem, was man als „westliche Kultur“ begreife. Damit folgt Netanjahu weiter seinem Kurs, den internationalen Terror in einen Bezug zur Situation im Heiligen Land zu setzen. Durch den Anschlag auf den koscheren Pariser Supermarkt „Hyper Cacher“ im Vincennes Distrikt haben die Terrorangriffe in Frankreich noch einmal eine ganz neue Dimension erhalten und das Gefühl der Betroffenheit in Israel deutlich gesteigert: Netanjahu traf sich deshalb noch am Freitagabend mit dem französischen Botschafter. Bei diesem Treffen sowie bei einer weiteren Presseansprache am Samstagabend, richtete sich der Ministerpräsident auch explizit an die französischen Juden, versprach ihnen Israels Unterstützung und wies darauf hin, dass sie in Israel immer eine Heimat haben werden. Vom französischen Präsidenten Hollande forderte Netanjahu angesichts des Angriffs auf den koscheren Supermarkt Sicherheitsleistungen für die jüdische Gemeinschaft in Paris. In Israel wird durchaus wahrgenommen, dass – nach den Aufzeichnungen von Selbsthilfeorganisationen – die Anzahl von antisemitischen Übergriffen im Vergleich zu 2013 um mehr als 90 Prozent zugenommen hat. Netanjahu kündigte am Sonntagmorgen an, er wolle zusammen mit Außenminister Avigdor Lieberman und dem Minister für Diaspora-Angelegenheiten, Naftali Benett nach Paris reisen, um an der großen Solidaritätskundgebung teilzunehmen. Nach dem Trauermarsch sprach Netanjahu in der Großen Synagoge von Paris. **Medien und Zivilgesellschaft:** Die israelischen Medien konzentrierten ihre Berichterstattung auf die Feststellung, dass der Westen und die französischen Medien die Verbindung zum Islam bei diesem Terroranschlag unterschätzen würden. Schon mehrfach hat es in den letzten Monaten Presseberichte in den israelischen Zeitungen gegeben, die beklagt haben, dass man in Frankreich die zunehmenden Übergriffe gegen Juden nicht hinreichend ernst nähme. Die Anschläge im Jahr 2012 auf eine jüdische Schule in Toulouse und auf das Jüdische Museum in Belgien in 2014 würden dies bestätigen, blieben aber in Frankreich und Europa als Einzelfälle missverstanden. Nach dem Anschlag auf „Hyper Cacher“ kam es in den sozialen Medien zu einer massiven Welle der Solidaritätsbekundungen: Neben das „Je suis Charlie“ ist – nach den Entwicklungen am Freitag – ein „Je suis juif“ getreten. Die arabischen Medien in Israel heben vor allem hervor, dass einer der beiden getöteten französischen Polizisten Muslim war, jedoch in ausländischen Medien nur davon berichtet werde, dass die Täter Muslime waren. Im Allgemeinen hält man sich auf israelisch-arabischer Seite sehr zurück was die Berichterstattung, und insbesondere was Meinungen über den Terroranschlag angeht. In den sozialen Medien wird die Abbildung Mohammeds auf dem Titelblatt stark kritisiert und eine voreilige Solidaritätsbekundung mit Charlie Hebdo abgelehnt. Jedoch werden der Anschlag und der Einsatz von Gewalt klar verurteilt. Es werden allerdings auch Parallelen mit dem palästinensischen Karikaturisten Nadschi al-Ali gezogen, der 1987 in London angeschossen wurde und daraufhin verstarb. Auch in der Zivilgesellschaft sind die Attentate auf Reaktionen gestoßen, ähnlich wie in den anderen Metropolen der Welt mit dem „Je suis Charlie“-Motto: Mehrere Israelis hatten sich Donnerstagnacht

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

15. Januar 2015

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa

Nahost und Nordafrika

Weiterführende Informationen

zum Thema unter

www.kas.de

spontan vor dem Französischen Konsulat in Jerusalem zu einer Kundgebung und einer Schweigeminute eingefunden, um sich solidarisch mit den Opfern von Charlie Hebdo zu zeigen. In den darauffolgenden Tagen folgten Kundgebungen in Tel Aviv und Jerusalem. **Jüdische Verbände/Autoritäten/Institutionen:** Natan Scharansky, Vorsitzender der Jewish Agency in Israel und ehemaliger Minister, wandte sich am Freitagabend, bezugnehmend auf den Anschlag auf den koscheren Supermarkt, bewusst an die französischen Juden und erinnerte sie daran, dass Israel eine Alternative zur sich verschlechternden Situation für Juden in Europa sei. Er bezieht sich damit auch auf die Tatsache, dass im Jahr 2014 ein neuer Auswanderungsrekord aus Frankreich nach Israel verzeichnet werden konnte. Mehr als 5.000 Familien haben der „Grande Nation“ im vergangenen Jahr den Rücken gekehrt. Scharansky war am Sonntag ebenfalls mit Netanjahu nach Paris gereist. Der Terrorismusexperte Ely Karmon, vom Counter-Terrorism Institute am Interdisciplinary Center in Herzliya, gab zu bedenken, dass Frankreich keine effektive Möglichkeit habe, angemessen auf Dschihadismus-Rückkehrer zu reagieren, da das Gesetz nur bei einer Strafhandlung die Möglichkeit der strafrechtlichen Verfolgung gewährleistet, nicht aber wenn nur der Verdacht auf Kontakt mit Terrororganisationen besteht. Yoram Schweitzer, Terrorismusexperte am Institut für Nationale Sicherheitsstudien in Tel Aviv, nannte den Anschlag einen „game changer“ im negativen Sinne. Der gut dokumentierte Terrorakt sei zu einer Mediensensation stilisiert worden. Dies würde Terrorvereinigungen neuen Auftrieb verleihen. Beide Experten waren sich einig, dass Frankreich jetzt ganz augenscheinlich unter Zugzwang stünde, sich noch deutlicher gegen Terror zu stellen – ähnlich der Situation in den Vereinigten Staaten nach den Anschlägen des 11. September. Es sei ziemlich wahrscheinlich, dass die in Frankreich erfolgenden Diskussionen die Sichtweise des Landes auf den arabisch-israelischen Konflikt ändern und – nach der Parlamentsempfehlung zur Anerkennung Palästinas am 2. Dezember – nun das Meinungsklima wieder mehr zugunsten Israels wenden könnte.

Annäherung an das Phänomen religiös legitimierter Gewalt im Islam²

Thomas Volk

Der Terroranschlag auf das französische Satiremagazin Charlie Hebdo und der damit verbundene Angriff auf die Meinungs-, Kunst- und Pressefreiheit in Europa verstärkt die seit Jahren wiederkehrende Diskussion, wie genau zwischen Islam und Islamismus zu trennen sei und welche im Islam immanenten Grundlagen zur Begründung gewaltsamer Taten islamistischer Extremisten existieren. Das ist nicht verwunderlich angesichts der Tatsache, dass sich extremistische Bewegungen wie die Shabaab-Miliz in Somalia, die Boko Haram in Nigeria, die Hamas im Gaza-Streifen, die Hisbollah im Libanon, die Taliban in Afghanistan, die Muslimbrüder in Ägypten, die al-Qaida und deren jüngste Abspaltung, der Islamische Staat (IS), in Syrien und Irak allesamt auf „den wahren Islam“ berufen.

Islamismus als politische Ideologie ist organisatorisch äußerst heterogen und ein verhältnismäßig junges Phänomen, das seit jeher in engem Kontext zu Europa steht. So wurde etwa die **Sa-lafiyya-Bewegung** im ausgehenden 19. Jahrhundert in Paris mitbegründet. Sie stand von Beginn an gegen europäischen Kolonialismus und für Panislamismus ein. Die Reformdenker al-Afghani und Muhammad Abduh entwickelten um 1900 die geistigen Grundlagen des Islamismus des 20. Jahrhunderts: Sie reagierten auf die sich anbahnende Aufteilung der Länder der Levante unter den europäischen Kolonialmächten mit einer stärkeren Rückbesinnung auf die Werte des Ursprungs-

² Dieser Beitrag ist ein Auszug aus dem Artikel Volk, Thomas (2015): „Islam-Islamismus: Eine Klärung in aufgeregten Zeiten“, Konrad-Adenauer-Stiftung, *Analysen & Argumente*, Nr. 164. Online unter http://www.kas.de/wf/doc/kas_40120-544-1-30.pdf?150114134904

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

15. Januar 2015

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa

Nahost und Nordafrika

Weiterführende Informationen

zum Thema unter

www.kas.de

lam des 7. Jahrhundert. Islamistische Bewegungen waren in ihrem Verständnis keineswegs gewaltorientiert: Sie vertraten die Idee eines auf Grundlage islamischer Werte und Gesetze.

Ideologisch vertreten islamistische Bewegungen einen Absolutheitsanspruch und die Idee einer rein islamischen Ordnung von Gesellschaft und Staat. Die wesentlichen ideologischen Charakteristika, die zugleich als übergeordnete Ziele von islamistischen Gruppierungen gelten, können wie folgt zusammengefasst werden: Eine Trennung von Staat und Islam wird von den meisten islamistischen Bewegungen abgelehnt und damit eine Interpretation des Islam betrieben, die problematisch ist. Religion und Staat (*Din wa dawla*) sind in islamischen Quellen zwei getrennte Formen, Islamisten verwenden allerdings die Begrifflichkeit Religion *ist* Staat. Eine menschliche Gesetzgebung und somit der Wesenskern einer jeden demokratischen Staatsform, die Volkssouveränität, wird abgelehnt und eine strikte Gottessouveränität und die Anwendung der Scharia angestrebt. Die Ablehnung und Bekämpfung von Pluralität, Individualität, Presse- und Meinungsfreiheit sowie der Gleichberechtigung von Mann und Frau sind weitere Facetten islamistischer Bewegungen.

Die am stärksten wachsende Form des Islamismus ist der **Salafismus**. Salafistisch orientierte Islamisten glorifizieren die Frühzeit des Islam als „goldenes Zeitalter“ und folgen wörtlich der in den Hadithen überlieferten Lebensweise des Propheten Muhammad im siebten Jahrhundert. Diese Bewegungen stellen westliche Gesellschaften besonders im Zusammenhang mit islamistischen Rückkehrern aus den Kriegsgebieten in Syrien und dem Irak vor völlig neue Herausforderungen. Nach Angaben der Sicherheitsbehörden kommen ca. zehn Prozent der etwa 30.000 Anhänger des sogenannten Islamischen Staates (IS) aus europäischen Staaten, allein zwischen 500 bis 600 aus Deutschland. Der Attentäter, der am 24. Mai 2014 vor dem Jüdischen Museum in Brüssel vier Menschen tötete, war ein aus Syrien zurückgekehrter Islamist. Islamistische Kleinstgruppen und Einzeltäter, sogenannte „homegrown jihadists“, die vor ihrer Radikalisierung oftmals nicht besonders religiös waren, stellen europäische Gesellschaften heutzutage sicherheitspolitisch vor unkalkulierbare Risiken.

All dies ist nicht überraschend. Deutsche, europäische und internationale Sicherheitsbehörden warnen seit den frühen 2000ern vor einem drastischen Anstieg gewaltbereiter Islamisten. Umso mehr verwundert es, dass sich weite Teile des linken Mainstreams über Jahre konsequent einer sachlichen Diskussion über die ansteigenden Aktivitäten von islamistischen Extremisten verweigerten. Der Leiter des Referats Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung, Ernst Hillebrand, stellte hierzu jüngst fest: „Denn die bittere Wahrheit ist, dass die europäische Linke viel zu lange die islamistische Gewalt banalisiert hat. Gefangen in einem werterelativierenden Multikulturalismus hat sie passiv zugesehen, wie an den Rändern der Zuwanderungsgesellschaften Westeuropas ein Klima des antiwestlichen Hasses heranwuchs.“³ Daher ist es nun umso dringlicher, vergangene Fehler nicht zu wiederholen. Während westliche Staaten eine Allianz der Werteverteidigungskultur schmieden sollten, stehen die islamische Theologie und die Islamverbände in der Pflicht, fundamentalistischen Extremismen den Nährboden zu entziehen. Dafür braucht es eine breite und vorbehaltlose innerislamische Diskussion über die Relevanz gewaltlegitimierender Inhalte in islamischen Quellen. Es geht schließlich um nicht mehr und nicht weniger als das Rollenverständnis einer Religion im säkularen Rechtsstaat und damit letztendlich um das Selbstbild von Muslimen in Deutschland und Europa.

³<http://www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/charlie-hebdo-und-das-linke-appeasement-733/> (10.01.2015).